

Stellungnahmen der Vernehmlassungsadressaten

Prises de position des destinataires consultés

Dichiarazioni dei destinatari della consultazione

1. Kantone / Cantons / Cantoni

2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell'Assemblea federale

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faîtières de l'économie qui oeuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dell'economia

4. Interessierte Kreise / Milieux intéressés / Ambienti interessati

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen

vernehmlassungen@sif.admin.ch

30. April 2025

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Vernehmlassung "OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen" Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme.

Die Einführung des Austauschs der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandorts bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austauschs der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen.

Der Regierungsrat stimmt der GloBE-Vereinbarung grundsätzlich zu. Der Regierungsrat schliesst sich der Stellungnahme der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) an und nimmt nachfolgend zu einzelnen Bestimmungen Stellung:

1. Präambel

Die multilaterale Vereinbarung statuiert, dass "das Recht der Staaten voraussichtlich von Zeit zu Zeit geändert wird, um Aktualisierungen der GloBE-Vorschriften Rechnung zu tragen, und dass, sobald diese Änderungen von einem Staat in Kraft gesetzt wurden, die Bestimmung des Begriffs 'GloBE-Vorschriften' im Sinne dieser Vereinbarung für diesen Staat als Bezugnahme auf die aktualisierte Fassung gilt".

Die in Art. 2 Abs. 1 der Verordnung über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (Mindestbesteuerungsverordnung, MindStV) festgelegte Definition der GloBE-Vorschriften weicht von der in der Präambel der GloBE-Vereinbarung festgelegten Definition ab (vgl. Kommentare in Abschnitt 1: Begriffsbestimmungen unten). Da das Völkerrecht dem Landesrecht übergeordnet ist (vgl. Art. 5 Abs. 4 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft), stellt sich die Frage, ob

diese Inkohärenz bei der Definition der globalen Regeln nicht dem statischen Verweis der MindStV widerspricht.

Zudem ist der englische Wortlaut der GloBE-Vereinbarung in seiner Terminologie weniger streng als der französische Text des aktuellen bundesrätlichen Entwurfs ("it is expected that the laws of the Jurisdictions would be amended from time to time to reflect updates to the GloBE Rules").

In Bezug auf den Begriff "wirksame Vereinbarung" hält der erläuternde Bericht (vgl. Seite 8) fest, dass beide Staaten erklären müssen, dass sie über die zur Umsetzung der GloBE-Vorschriften notwendigen Gesetze verfügen. Wir verstehen, dass lediglich die Anwendung der sogenannten income inclusion rule (IIR), nicht aber der undertaxed profits rule (UTPR) durch die Schweiz unproblematisch ist.

2. Abschnitt 1: Begriffsbestimmungen

Die MindStV verweist statisch auf die globalen Mustervorschriften und für deren direkte Anwendung ausschliesslich auf die Mustervorschriften, die am 14. Dezember 2021 vom Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) genehmigt wurden (Art. 2 Abs. 1 MindStV). Die Erläuterungen zu den Mustervorschriften werden von der MindStV nicht als Teil der globalen Mustervorschriften betrachtet, sondern als Hilfsmittel für deren Auslegung (Art. 2 Abs. 3 MindStV).

Diese Definition scheint nicht mit derjenigen der GloBE-Vereinbarung zu korrespondieren, wonach "GloBE-Vorschriften" die GloBE-Mustervorschriften, den Kommentar zu den GloBE-Mustervorschriften und alle vom Inclusive Framework on BEPS der OECD/G20 erarbeiteten genehmigten Verwaltungsanweisungen (darunter die GloBE-Erklärung, der Weitergabeansatz und weitere im Rahmen des GloBE-Umsetzungsrahmens vereinbarte Leitlinien, Voraussetzungen und Anforderungen) bedeutet (Abschnitt 1 Absatz 1 lit. h).

Wie in unseren obigen Kommentaren zur Präambel erwähnt, stellt sich die Frage, ob diese Inkohärenz in der Definition der GloBE-Vorschriften aufgrund des Vorrangs des Völkerrechts gegen die in Art. 2 Abs. 1 MindStV vorgesehene Verweisung verstösst.

3. Zusammenarbeit bei Korrekturen sowie der Einhaltung und Durchsetzung der GloBE-Vereinbarung (Abschnitt 4)

Abschnitt 4 Absatz 1 in der französischen Fassung hält fest, dass Massnahmen zur Beschaffung von Informationen über Berichtigungen in einer weltweiten Informationserklärung innerhalb von "angemessenen Fristen" zu treffen sind. Darüber hinaus muss der Austausch dieser berichtigten Informationen auch innerhalb "angemessener Fristen" erfolgen.

Der Begriff der "angemessenen Frist" wird im Abkommen nicht definiert. Der erläuternde Bericht verwendet den Begriff "sofort".

Der Begriff der "angemessenen Frist" sollte daher kohärent definiert werden.

Gemäss Absatz 2 stellt die andere zuständige Behörde umgehend den Grund für den nicht erfolgten Austausch einer Information fest und unterrichtet die erstgenannte zuständige Behörde innert einem Monat. Diesbezüglich ist unklar, welcher Detaillierungsgrad erforderlich ist, um zu erklären, weshalb relevante Informationen nicht ausgetauscht wurden (ist es insbesondere ausreichend, nur zu informieren, dass die Informationen nicht eingegangen sind, oder ist auch anzugeben, aus welchen Gründen die Informationen nicht eingegangen sind).

4. Allgemeine Bedingungen (Abschnitt 8)

In Bezug auf Absatz 1 legt der erläuternde Bericht nicht fest, welche erste Steuerperiode ausgetauscht werden soll. Um den administrativen Aufwand für die Unternehmen zu verringern, sollte die GloBE-Erklärung bereits ab 2024 über das globale Abkommen ausgetauscht werden können.

Im Übrigen wäre eine Frist für die Deaktivierung gemäss Absatz 5 zu definieren.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dieter Egli
Landammann



Joana Filippi
Staatsschreiberin



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Finanzdepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 10. April 2025

Eidg. Vernehmlassung; OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen ; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 unterbreitete das Eidg. Finanzdepartement die eingangs erwähnte Vorlage zur Vernehmlassung. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 8. Mai 2025.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austausches der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Die Teilnahme an diesem Austausch führt für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen zu administrativen Entlastungen. Dementsprechend kann der GloBE-Vereinbarung im Grundsatz zugestimmt werden. Auf Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen wird verzichtet.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Appenzell, 17. April 2025

OECD-Mindestbesteuerung / Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

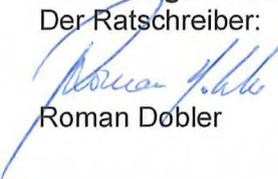
Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Genehmigung der völkerrechtlichen Grundlage für den Austausch von GloBE-Informationen (OECD-Mindestbesteuerung) zukommen lassen.

Die Einführung des Austauschs der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandorts bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austauschs der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen. Entsprechend stimmt die Standeskommission der GloBE-Vereinbarung zu.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Roman Dobler

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Karin Keller-Sutter
Vorsteherin EFD
3003 Bern
Per E-Mail an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Liestal, 29. April 2025

Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 29. Januar 2025, mit dem Sie uns eingeladen haben, zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

1. Ausgangslage

Der Bundesrat hat per 1. Januar 2024 die OECD-Mindestbesteuerung in der Schweiz im Rahmen der schweizerischen Ergänzungssteuer eingeführt. Zu diesem Zeitpunkt war bekannt, dass die OECD-Mindestbesteuerung durch einen steuerlichen Informationsaustausch ergänzt wird.

Grundlage hierfür bildet die «Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen», die im Januar 2025 vom Inclusive Framework on BEPS der OECD/G20 verabschiedet wurde. Sie regelt aus völkerrechtlicher Sicht die Einzelheiten des Informationsaustauschs von GloBE-Informationen zwischen den Partnerstaaten. Gestützt hierauf können insbesondere schweizerische multinationale Unternehmensgruppen die erforderlichen Informationen zentral an die schweizerische Behörde melden, welche die für andere Staaten relevanten Informationen diesen dann zukommen lässt. Im Gegenzug erhält die Schweiz GloBE-Informationen von Partnerstaaten, welche für lokale Mindeststeuerzwecke verwendet werden können und welche von den lokalen Geschäftseinheiten der betroffenen Unternehmen nicht zusätzlich einzeln in der Schweiz eingereicht werden müssen.

Die GloBE-Vereinbarung, deren Genehmigung Gegenstand der vorliegenden Vernehmlassung ist, soll im Verlaufe des Sommers 2026 in Kraft treten, sodass ab diesem Zeitpunkt die ersten GloBE-Informationen ausgetauscht werden können.

2. Stellungnahme

Die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes bei und ist auch im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austausches der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz bereits eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen.

Demgemäss stimmt der Regierungsrat der GloBE-Vereinbarung grundsätzlich zu.

Zu den einzelnen Bestimmungen nimmt er wie folgt Stellung:

Präambel

Die multilaterale Vereinbarung statuiert, dass «das Recht der Staaten voraussichtlich von Zeit zu Zeit geändert wird, um Aktualisierungen der GloBE-Vorschriften Rechnung zu tragen, und dass, sobald diese Änderungen von einem Staat in Kraft gesetzt wurden, die Bestimmung des Begriffs «GloBE-Vorschriften» im Sinne dieser Vereinbarung für diesen Staat als Bezugnahme auf die aktualisierte Fassung gilt.

Die in Art. 2 Abs. 1 MindStV festgelegte Definition der GloBE-Vorschriften weicht von der in der Präambel der GloBE-Vereinbarung festgelegten Definition ab (vgl. Kommentare in Abschnitt 1: Definitionen unten). Da das Völkerrecht dem Landesrecht übergeordnet ist (vgl. Art. 5 Abs. 4 BV), stellt sich die Frage, ob diese Inkohärenz bei der Definition der globalen Regeln nicht dem statischen Verweis der MindStV widerspricht.

Zudem ist der englische Wortlaut der GloBE-Vereinbarung in seiner Terminologie weniger streng als der französische Text des aktuellen bundesrätlichen Entwurfs («it is expected that the laws of the Jurisdictions would be amended from time to time to reflect updates to the GloBE Rules»).

In Bezug auf den Begriff «wirksame Vereinbarung» hält der erläuternde Bericht fest, dass beide Staaten erklären müssen, dass sie über die zur Umsetzung der GloBE-Vorschriften notwendigen Gesetze verfügen. Wir verstehen, dass lediglich die Anwendung der IIR, nicht aber der UTPR durch die Schweiz unproblematisch ist.

Abschnitt 1: Begriffsbestimmungen

Die Mindestbesteuerungsverordnung verweist statisch auf die globalen Mustervorschriften und für deren direkte Anwendung ausschliesslich auf die Mustervorschriften, die am 14. Dezember 2021 vom Inclusive Framework on BEPS genehmigt wurden (Art. 2 Abs. 1 MindStV). Die Erläuterungen zu den Mustervorschriften werden von der MindStV nicht als Teil der globalen Mustervorschriften betrachtet, sondern als Hilfsmittel für deren Auslegung (Art. 2 Abs. 3 MindStV).

Diese Definition scheint nicht mit derjenigen der GloBE-Vereinbarung zu korrespondieren, wonach «GloBE-Vorschriften» die GloBE-Mustervorschriften, den Kommentar zu den GloBE-Mustervorschriften und alle vom Inclusive Framework on BEPS der OECD/G20 erarbeiteten genehmigten Verwaltungsanweisungen bedeutet (Abschnitt 1 Absatz 1 Buchstabe h).

Wie in unseren vorstehenden Kommentaren zur Präambel erwähnt, stellt sich die Frage, ob diese Inkohärenz in der Definition der GloBE-Vorschriften aufgrund des Vorrangs des Völkerrechts gegen die in Art. 2 Abs. 1 MindStV vorgesehene Verweisung verstösst.

Zusammenarbeit bei Korrekturen sowie der Einhaltung und Durchsetzung der GloBE-Vereinbarung (Abschnitt 4)

Abschnitt 4 Absatz 1 in der französischen Fassung hält fest, dass Massnahmen zur Beschaffung von Informationen über Berichtigungen in einer weltweiten Informationserklärung innerhalb von «angemessenen Fristen» zu treffen sind. Darüber hinaus muss der Austausch dieser berichtigten Informationen auch innerhalb «angemessener Fristen» erfolgen.

Der Begriff der angemessenen Frist wird im Abkommen nicht definiert. Der erläuternde Bericht verwendet den Begriff «sofort».

Der Begriff der angemessenen Frist sollte daher kohärent definiert werden.

Gemäss Absatz 2 stellt die andere zuständige Behörde umgehend den Grund für den nicht erfolgten Austausch einer Information fest und unterrichtet die erstgenannte zuständige Behörde innert einem Monat. Diesbezüglich ist unklar, welcher Detaillierungsgrad erforderlich ist, um zu erklären, weshalb relevante Informationen nicht ausgetauscht wurden (ist es insbesondere ausreichend, nur zu informieren, dass die Informationen nicht eingegangen sind, oder ist auch anzugeben, aus welchen Gründen die Informationen nicht eingegangen sind).

Allgemeine Bedingungen (Abschnitt 8)

In Bezug auf Absatz 1 legt der erläuternde Bericht nicht fest, welche erste Steuerperiode ausgetauscht werden soll. Um den administrativen Aufwand für die Unternehmen zu verringern, sollte die GloBE-Erklärung bereits ab 2024 über das globale Abkommen ausgetauscht werden können.

Im Übrigen wäre eine Frist für die Deaktivierung gemäss Absatz 5 zu definieren.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse



Isaac Reber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Basel, 29. April 2025

Präsidialnummer: P250155

Regierungsratsbeschluss vom 29. April 2025

Vernehmlassung betreffend Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Bemerkungen zukommen.

Die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austausches der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen. Entsprechend stimmen wir der GloBE Vereinbarung grundsätzlich zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne Herr Marc Enz, Tel. 061 267 96 33, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Per E-Mail als PDF- und Worddokument an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

RRB Nr.: 309/2025
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

26. März 2025

Vernehmlassung des Bundes: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen.

Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 lädt das Eidgenössische Finanzdepartement die Kantone zur Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft ein. Der Regierungsrat des Kanton Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Ziel der vorliegenden Vereinbarung ist die Schaffung der völkerrechtlichen Grundlage für den zwischenstaatlichen Austausch von GloBE-Informationen. Mithilfe dieser Informationen können die kantonalen Steuerbehörden die Deklarationen der ergänzungssteuerpflichtigen Unternehmen plausibilisieren. Zusätzlich ermöglicht die Vereinbarung den schweizerischen multinationalen Unternehmen eine einzige und zentrale Anlaufstelle für ihre Meldungen bei den schweizerischen Behörden (sogenanntes «Central Filing»). Ein Inkrafttreten der Vereinbarung ist ab Mitte 2026 geplant.

Der geplante Informationsaustausch wird primär auf Stufe Bund Ressourcen beanspruchen, zumal die Eidgenössische Steuerverwaltung die Drehscheibe für den Datenaustausch mit den Partnerstaaten und den kantonalen Behörden sein wird. Aus Sicht der Kantone sind die zu liefernden Informationen ohnehin im Rahmen der Veranlagung zu erstellen bzw. zu bearbeiten, weshalb kein Mehraufwand resultiert. Die konkrete Umsetzung des Informationsaustausches soll in der Verordnung über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (Mindestbesteuerungsverordnung, MindStV; SR 642.161) geregelt werden. Die Vernehmlassung zu dieser Anpassung ist im ersten Halbjahr 2025 geplant.

Der Regierungsrat stimmt der Genehmigung der multilateralen Vereinbarung vor diesem Hintergrund zu und ist mit dem weiteren Vorgehen einverstanden.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Evi Allemann
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral des finances DFF
Madame la Présidente de la Confédération
Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Berne

Courriel : vernehmlassungen@sif.admin.ch

Fribourg, le 15 avril 2025

2025-557

Imposition minimale de l'OCDE : approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE - Procédure de consultation

Madame la Présidente,

Nous nous référons à la consultation mentionnée sous rubrique et avons l'avantage de vous communiquer notre prise de position.

L'introduction de l'échange de la déclaration d'information GloBE contribue dans une large mesure au maintien de la légitimité et de la réputation de la place économique suisse et est dans l'intérêt des entreprises concernées. La mise en œuvre de l'échange de la déclaration d'information GloBE représente la suite logique de la stratégie adoptée par la Suisse en lien avec l'introduction de l'imposition minimale de l'OCDE. Elle permet de garantir une imposition correcte en Suisse et à l'étranger dans le cadre de l'imposition minimale. En outre, la participation à cet échange entraîne un allègement administratif pour les entreprises concernées par l'imposition minimale.

Par conséquent, nous approuvons sur le principe l'accord GloBE.

Nous nous permettons toutefois de formuler ci-après nos remarques sur certaines dispositions.

Préambule

L'accord GloBE dispose « que la législation des Juridictions doit être périodiquement modifiée afin de tenir compte des mises à jour des Règles GloBE, et qu'une fois ces modifications promulguées par une Juridiction, la définition des Règles GloBE aux fins du présent Accord sera réputée faire référence à la version mise à jour pour cette Juridiction ».

La définition des Règles GloBE retenue à l'article 2 al. 1 OIMin diffère de celle énoncée en préambule de l'accord GloBE (cf. commentaires en Section 1 : Définitions ci-dessous). Le droit international étant supérieur au droit national (cf. art. 5 al. 4 Cst.), la question se pose de savoir si cette incohérence dans la définition des Règles GloBE contrevient au renvoi statique prévu par l'OIMin.

Par ailleurs, à cet égard, le texte en anglais de l'Accord GloBE est moins strict dans sa terminologie que le texte en français du projet actuel du Conseil fédéral (« it is expected that the laws of the Jurisdictions would be amended from time to time to reflect updates to the GloBE Rules »).

En ce qui concerne l'expression « accord en vigueur », le rapport explicatif indique que les deux juridictions doivent déclarer qu'elles disposent des lois nécessaires à la mise en œuvre des règles type GloBE (cf. p. 9 du rapport explicatif). Nous comprenons que l'application par la Suisse uniquement de l'IIR et non de l'UTPR n'est pas problématique.

Section 1 : Définitions

L'ordonnance sur l'imposition minimum fait un renvoi statique aux règles types GloBE et se réfère, pour l'application directe uniquement, aux règles types approuvées le 14 décembre 2021 par le Cadre inclusif sur le BEPS (art. 2 al. 1 OIMin). Les commentaires des règles types ne sont pas considérés par l'OIMin comme faisant partie des règles type GloBE mais comme des outils pour leur interprétation (art. 2 al. 3 OIMin).

Cette définition ne paraît pas concorder avec celle de l'accord GloBE qui définit les « Règles GloBE » comme « le Modèle de Règles GloBE, les Commentaires sur le Modèle de Règles GloBE et toute instruction administrative agréée élaborée par le Cadre inclusif OCDE/G20 sur le BEPS (y compris la Déclaration d'information GloBE, l'Approche de diffusion et toute autre instruction, conditions ou exigence convenue au titre du Cadre de mise en œuvre des règles GloBE) » (section 1, paragraphe 1, alinéa h).

Comme indiqué dans nos commentaires relatifs au préambule ci-dessus, se pose la question de savoir si cette incohérence dans la définition des Règles GloBE contrevient au renvoi statique prévu à l'art. 2 al. 1 OIMin, du fait de la supériorité du droit international.

Section 4 : Collaboration concernant les corrections, la conformité et l'application

Le paragraphe 1 de la section 4 du texte français indique que les mesures pour se procurer des renseignements quant à des corrections dans une Déclaration d'information GloBE doivent être prises dans des « délais appropriés ». Par ailleurs, l'échange de ces renseignements corrigés doit également avoir lieu dans des « délais appropriés ».

La notion de « délai approprié » n'est pas définie par l'accord. Le rapport explicatif quant à lui utilise le terme « immédiatement ».

Il conviendrait dès lors de définir de manière cohérente la notion de « délai approprié ».

Selon le paragraphe 2, l'autre Autorité compétente détermine rapidement la raison pour laquelle des renseignements n'ont pas été échangés et en informe la première Autorité compétente dans un délai d'un mois. À cet égard, il n'est pas clair quel degré de détail est exigé pour expliquer la raison pour laquelle les renseignements pertinents n'ont pas été échangés (notamment, est-il suffisant de renseigner uniquement que les informations n'ont pas été reçues ou doit-on également renseigner pour quelles raisons les informations n'ont pas été reçues ?).

Section 8 : Conditions générales

En ce qui concerne le paragraphe 1, le rapport explicatif ne définit pas quelle sera la première période fiscale qui sera échangeable. Afin d'alléger la charge administrative des entreprises, il conviendrait que la Déclaration d'information GloBE portant sur la période fiscale 2024 puisse être échangée par le biais de l'accord GloBE.

Par ailleurs, il convient de définir le délai du préavis au paragraphe 5.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position au sujet de l'objet susmentionné et vous prions de croire, Madame la Présidente, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction des finances, pour elle et le Service cantonal des contributions ;
à la Direction de l'économie, de l'emploi et de la formation professionnelle ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 7 mai 2025

Le Conseil d'Etat

1726-2025

Département fédéral des finances
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : imposition minimale de l'OCDE : approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE (Accord GloBE) - prise de position sur l'accord mis en consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Par courrier du 29 janvier 2025 adressé aux gouvernements cantonaux, vous invitez ceux-ci à prendre position sur l'accord mentionné en titre.

La ratification de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE (Accord GloBE) permettra à la Suisse de participer à l'échange automatique de renseignements en matière d'imposition minimale.

La ratification de l'Accord GloBE présente un double intérêt. D'une part, elle allège les démarches administratives des groupes d'entreprises multinationales concernés, en leur permettant d'accéder au dépôt centralisé de leur déclaration d'information GloBE, d'autre part, elle permet aux autorités fiscales cantonales de vérifier la cohérence des informations remises dans le cadre du dépôt de la déclaration pour l'impôt complémentaire national et international, garantissant ainsi une imposition correcte.

Pour ces raisons, notre Conseil approuve sur le principe l'Accord GloBE, tout en formulant des commentaires dans l'annexe ci-jointe.

Nous vous remercions de nous avoir consultés et de l'attention que vous porterez à cette prise de position.

Veillez croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Michèle Righetti-El Zayadi

La présidente :


Nathalie Fontanet

Annexe mentionnée

Copie à : vernehmlassungen@sif.admin.ch

Annexe à la prise de position de la République et canton de Genève
**Imposition minimale de l'OCDE : approbation de l'accord multilatéral entre autorités
compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE
(Accord GloBE)**

Accord Globe – page 2, 2^{ème} paragraphe et page 5, section 1, lettre h

La version française du paragraphe en page 2 énonce que : [...] *la législation des Juridictions **doit** être périodiquement modifiée afin de tenir compte des mises à jour des Règles GloBE, et qu'une fois ces modifications promulguées par une Juridiction, **la définition des Règles GloBE** aux fins du présent Accord sera réputée faire référence à la version mise à jour pour cette Juridiction ;* (nous surlignons).

Selon l'Accord GloBE (page 5, section 1, lettre h), les « Règles GloBE » sont définies comme : *le Modèle de Règles GloBE, les Commentaires sur le Modèle de Règles GloBE et toute Instruction administrative agréée élaborée par le Cadre inclusif OCDE/G20 sur le BEPS (y compris la Déclaration d'information GloBE, l'Approche de diffusion et toute autre instruction, condition ou exigence convenue au titre du Cadre de mise en œuvre des règles GloBE) ;*

Une telle obligation de modification périodique de la législation nationale ne semble pas nécessaire du point de vue du droit interne. En effet, nous comprenons qu'une révision de la législation suisse (OIMin) n'est nécessaire qu'en cas de modifications des règles types GloBE (dans leur version du 14 décembre 2021), compte tenu du renvoi statique prévu à l'article 2, alinéa 1 OIMin. Les modifications du commentaire ainsi que des autres réglementations pertinentes de l'OCDE/G20 ne nécessitent en principe pas la révision de l'OIMin, pour autant que ces documents se limitent à fournir des précisions relatives à des principes déjà compris dans les règles types GloBE.

Etant donné la primauté du droit international sur le droit national, il conviendrait d'examiner si cette incohérence relative à la définition des Règles GloBE pourrait avoir un impact sur le droit suisse, et en particulier sur le renvoi statique prévu par l'OIMin. A cet égard, nous relevons que le texte original en anglais semble moins strict que la traduction française : [...] ***it is expected that** the laws of the Jurisdictions would be amended from time to time to reflect updates to the GloBE Rules [...]* (nous surlignons), et il pourrait donc s'agir uniquement d'un problème de traduction.

Accord GloBE – page 4, section 1, lettre f

A la lecture de l'Accord GloBE et du rapport explicatif du DFF, il demeure incertain si une entité mère ultime suisse d'un Groupe d'EMN peut procéder au dépôt centralisé de la Déclaration d'information GloBE pour la période fiscale 2024 auprès des autorités fiscales suisses, bien que la Suisse n'applique pas encore l'impôt international complémentaire en vertu de l'*Income Inclusion Rule* cette année-là. Il conviendrait à notre avis de préciser ce point.

Accord GloBE – page 5, section 1, lettre k

Selon le rapport explicatif du DFF relatif à l'expression « Accord en vigueur », les juridictions parties à l'Accord GloBE doivent déclarer qu'elles disposent des lois nécessaires à la mise en œuvre des règles type GloBE. A cet égard, nous comprenons que l'application par la Suisse uniquement de l'IIR et non de l'UTPR n'est pas problématique.

Accord GloBE – section 4, alinéa 1 : Collaboration concernant les corrections, la conformité et l'application

Le texte en français indique qu'une autorité compétente doit prendre les mesures nécessaires pour se procurer des renseignements corrigés auprès de l'entité mère ultime ou de l'entité déclarante désignée dans des « délais appropriés ». L'échange des renseignements corrigés avec l'autre autorité compétente doit également avoir lieu dans des « délais appropriés ».

Le rapport explicatif du DFF (p. 11) indique quant à lui que l'autorité compétente doit prendre les mesures nécessaires et échanger les renseignements corrigés « immédiatement ».

La notion de « délai approprié » nous paraît plus proche du texte original anglais de l'Accord GloBE (*without undue delay*).

Il conviendrait de définir plus précisément, dans la mesure du possible, la notion de « délais appropriés ».

Accord GloBE – section 8 : Considérations générales

Sur la base du rapport explicatif du DFF relatif à cette section, nous comprenons que le Conseil fédéral décidera de la première année fiscale pour laquelle les renseignements pertinents de la Déclaration d'information GloBE seront échangés, une fois l'Accord GloBE approuvé par l'Assemblée fédérale et le délai référendaire écoulé, respectivement suite à l'adoption de l'Accord GloBE par référendum.

Afin d'alléger la charge administrative des entreprises concernées, il conviendrait, dans la mesure où le calendrier le permet, que la Déclaration d'information GloBE portant sur la période fiscale 2024 puisse déjà être échangée.



Sitzung vom

15. April 2025

Mitgeteilt den

15. April 2025

Protokoll Nr.

276/2025

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail (PDF und Word) an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 geben Sie uns Gelegenheit zur Stellungnahme zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen im Rahmen der Mindestbesteuerung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD; GloBE-Vereinbarung). Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

I. Grundsätzliches

Die Regierung des Kantons Graubünden teilt die Meinung des Bundesrates, dass die Schweiz ein Interesse daran hat, am Austausch von GloBE-Informationen teilzunehmen. Wir begrüssen, dass die GloBE-Vereinbarung die zentralisierte Einreichung von

GloBE-Informationen in der Schweiz ermöglicht, was für betroffene multinationale Unternehmensgruppen eine administrative Entlastung darstellen wird. Des Weiteren begrüßen wir, dass der Austausch von GloBE-Informationen den kantonalen Steuerbehörden die Möglichkeit bieten wird, die Deklarationen der ergänzungssteuerpflichtigen Unternehmen zu plausibilisieren. Entsprechend stimmen wir der GloBE-Vereinbarung grundsätzlich zu.

II. Kompetenz zur Festlegung der Länderlisten

Die GloBE-Vereinbarung ist erst kürzlich vom Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) der OECD und der G20-Staaten verabschiedet worden. Da im heutigen Zeitpunkt noch unklar ist, welche Staaten die GloBE-Vereinbarung umsetzen werden, schlägt der Bundesrat vor, dass er die Länderlisten festlegen kann. Die Regierung des Kantons Graubünden stimmt diesem Vorschlag zu.

III. Statischer versus dynamischer Verweis

Die Verordnung über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (Mindestbesteuerungsverordnung, MindStV; SR 642.161) erklärt die Mustervorschriften zur weltweiten Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung des Inclusive Framework on BEPS der OECD / G20-Staaten vom 14. Dezember 2021 (Global Anti-Base Erosion Model Rules [Pillar Two], GloBE-Mustervorschriften) mittels eines statischen Verweises als direkt anwendbar (vgl. Art. 2 Abs. 1 MindStV). In den Erläuterungen zur MindStV vom 22. Dezember 2023 wurde darauf hingewiesen, dass damit Abweichungen zwischen dem schweizerischen Regelwerk und demjenigen der OECD / G20-Staaten verhindert würden (vgl. S. 10). Aus rechtsstaatlichen Gründen handle es sich um einen statischen Verweis. Sollten die GloBE-Mustervorschriften revidiert werden, was in absehbarer Zeit nicht geplant sei, müsste auch die Verordnung angepasst werden. Ein dynamischer Verweis wäre verfassungsrechtlich problematisch und sei in der Übergangsbestimmung gemäss Art. 197 Ziff. 15 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Bundesverfassung, BV; SR 101) nicht vorgesehen (Erläuterungen zur MindStV vom 22. Dezember 2023, S. 13).

Die siebte Klausel der Präambel der GloBE-Vereinbarung hingegen enthält einen indirekten dynamischen Verweis auf die GloBE-Vorschriften (vgl. Definition «GloBE-Vorschriften» in folgender Ziffer IV; Abschnitt 1 Absatz 1 Buchstabe h der GloBE-Vereinbarung). Es wird erwartet, dass künftige Änderungen der GloBE-Vorschriften im innerstaatlichen Recht umgesetzt werden und sich der Begriff «GloBE-Vorschriften» auf die entsprechend angepasste Version bezieht (vgl. Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von GloBE-Informationen vom 29. Januar 2025, S. 6).

Es besteht eine gewisse Inkohärenz zwischen der MindStV und der GloBE-Vereinbarung. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass gemäss Art. 5 Abs. 4 BV Völkerrecht dem Landesrecht übergeordnet ist. Es stellt sich deshalb die Frage, ob Art. 2 Abs. 1 MindStV der GloBE-Vereinbarung widerspricht.

IV. Unterschiedliche Definition der GloBE-(Muster-)Vorschriften

Der Kommentar zu den GloBE-Mustervorschriften und die zugehörigen Regelwerke der OECD / G20-Staaten werden von der MindStV nicht als Teil der globalen Mustervorschriften betrachtet, sondern als Auslegungshilfe bezeichnet (vgl. Art. 2 Abs. 3 MindStV). Dieses Verständnis scheint nicht mit der Definition «GloBE-Vorschriften» der GloBE-Vereinbarung übereinzustimmen. Gemäss der GloBE-Vereinbarung bedeutet der Ausdruck «GloBE-Vorschriften» die GloBE-Mustervorschriften, den Kommentar zu den GloBE-Mustervorschriften und administrative Leitlinien des Inclusive Framework on BEPS der OECD / G20-Staaten (vgl. Abschnitt 1 Absatz 1 Buchstabe h).

Es besteht auch in Bezug auf die Definition «GloBE-Vorschriften» eine gewisse Inkohärenz zwischen der MindStV und der GloBE-Vereinbarung. Auch hier ist es fraglich,

ob aufgrund des verfassungsmässigen Grundsatzes, dass das Völkerrecht dem Landesrecht übergeordnet ist, Art. 2 Abs. 3 MindStV der GloBE-Vereinbarung widerspricht.

Abschliessend bedanken wir uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

i.V. C. Hartmann Lütcher

Kopie:

– Steuerverwaltung des Kantons Graubünden

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courriel en version PDF et Word

Département fédéral des finances
Madame la Conseillère fédérale
Karine Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Delémont, le 29 avril 2025

Imposition minimale de l'OCDE : approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE ; ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement jurassien a été invité par votre Département à se prononcer au sujet de l'Accord GloBE mentionné en objet et il vous en remercie.

La mise en œuvre de l'échange de la déclaration d'information GloBE est la suite logique de la stratégie adoptée par la Suisse en lien avec l'introduction de l'imposition minimale de l'OCDE. L'échange de la déclaration d'information GloBE contribue, dans une large mesure, au maintien de la légitimité et de la réputation de la place économique suisse et est dans l'intérêt des entreprises concernées. Elle permet de garantir une imposition correcte en Suisse et à l'étranger dans le cadre de l'imposition minimale. En outre, la participation à cet échange entraîne un allègement administratif pour les entreprises concernées par l'imposition minimale.

Au vu de l'ensemble de ce qui précède, le Gouvernement approuve l'Accord GloBE mis en consultation.

Le Gouvernement jurassien vous remercie de lui avoir donné la possibilité de prendre position à ce sujet et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Martial Courtet
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
per E-Mail (Word- und PDF-Datei):
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Luzern, 17. April 2025

Protokoll-Nr.: 449

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (Glo-BE)-Informationen

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern mit der Vorlage einverstanden ist.

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Reto Wyss
Regierungspräsident



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courrier électronique

Département fédéral des finances
Palais fédéral
3003 Berne

Imposition minimale de l'OCDE : approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE

Madame la conseillère fédérale,

Votre correspondance du 29 janvier 2025 relative à l'objet susmentionné nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

Dans le cadre de la mise en place du 2^{ème} pilier du projet de l'OCDE, l'introduction d'une imposition minimale pour les grands groupes nécessite la mise en place d'un échange de déclaration d'information GloBE. Il s'agit d'une étape importante dans le cadre de ce projet et complète le processus pour l'imposition minimale des grands groupes.

En janvier 2025, l'accord GloBE a été élaboré au sein de l'organe compétent de l'OCDE, soit le cadre inclusif sur l'érosion de la base d'imposition et le transfert de bénéfices (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS), pour régler l'échange de renseignements GloBE entre les juridictions. Cet accord permet notamment aux groupes d'entreprises multinationaux suisses de déposer leur déclaration d'information GloBE de manière centralisée auprès de l'autorité suisse, qui se chargera ensuite de transmettre les informations pertinentes aux autres juridictions. En contrepartie, la Suisse recevra des informations GloBE de la part de ses juridictions partenaires, qui pourront être utilisées dans le cadre de l'application de l'imposition minimale locale, et qui ne devront pas être fournies via le dépôt d'une déclaration d'information GloBE séparée en Suisse, par les entités constitutives suisses des groupes d'entreprises concernés.

La mise en œuvre de ce nouvel échange international de renseignements requiert une transposition en droit national via une adaptation de l'OIMin. Sans participation à l'échange de renseignements prévu par l'accord GloBE, les groupes d'entreprises multinationaux en Suisse devraient établir des déclarations séparées en Suisse et la centralisation des déclarations pourrait possiblement s'effectuer par l'intermédiaire d'une autre juridiction, ce qui donnerait lieu à des doublons administratifs.

NE

Par conséquent, le Conseil d'État approuve sur le principe, l'accord GloBE.

En vous remerciant de l'attention portée au présent courrier, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 29 avril 2025

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
F. NATER

La chancelière,
S. DESPLAND





CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 15. April 2025

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von GloBE-Informationen. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. Januar 2025, worin Sie die Kantone um eine Stellungnahme zum Bundesbeschluss über die Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von GloBE-Informationen ersuchen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit dazu und lassen uns wie folgt vernehmen.

1 Ausgangslage

Der Bundesrat hat die OECD-Mindestbesteuerung für international tätige Grossunternehmen in der Schweiz per 1. Januar 2024 eingeführt. Zu diesem Zeitpunkt war bereits bekannt, dass die Mindestbesteuerung noch durch einen steuerlichen Informationsaustausch ergänzt werden würde. Die Grundlage dafür bildet nunmehr die Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von GloBE-Informationen (GloBE-Vereinbarung), die im Januar 2025 von der OECD/G20 verabschiedet wurde. Sie regelt aus völkerrechtlicher Sicht die Einzelheiten des Austausches von GloBE-Informationen zwischen den Partnerstaaten. Die GloBE-Vereinbarung, deren Genehmigung Gegenstand der vorliegenden Vernehmlassung ist, soll im Sommer 2026 in Kraft treten, so dass ab diesem Zeitpunkt die ersten GloBE-Informationen ausgetauscht werden können.

Die GloBE-Vereinbarung bildet die völkerrechtliche Grundlage für den Austausch von GloBE-Informationen zwischen denjenigen Staaten, die die Vereinbarung unterzeichnet und den Austausch bilateral aktiviert haben. Der Informationsaustausch ist bereits in den GloBE-Mustervorschriften enthalten, die die Schweiz ins nationale Recht überführt hat. Die Schweiz hat daher ein Interesse, am Informationsaustausch teilzunehmen. Die kantonalen Steuerbehörden haben damit die Möglichkeit, die Deklarationen der ergänzungssteuerpflichtigen Unternehmen zu plausibilisieren. Und für die betroffenen multinationalen Unternehmensgruppen bietet die Teilnahme die Voraussetzung für das sog. Central Filing. Damit können namentlich schweizerische multinationale Unternehmensgruppen Informationen zentral an die schweizerischen Behörden melden, welche die für andere Staaten relevanten Informationen diesen dann zukommen lassen. Umgekehrt erhält die Schweiz GloBE-Informationen von Partnerstaaten, welche für lokale Mindeststeuerzwecke verwendet werden können und von lokalen Geschäftseinheiten betroffener multinationaler Unternehmensgruppen nicht einzeln in der Schweiz eingereicht

werden müssen. Die Umsetzung des internationalen Informationsaustausches in der Schweiz erfolgt durch eine Anpassung der Mindestbesteuerungsverordnung (MindStV; SR 642.161).

2 Zustimmung zur Genehmigung der GloBE Vereinbarung

Könnte die Schweiz am internationalen Informationsaustausch zur OECD-Mindestbesteuerung nicht teilnehmen, müssten multinationale Unternehmensgruppen in der Schweiz separat rapportieren, und das zentralisierte Rapportieren würde möglicherweise über einen anderen Staat erfolgen. Damit entstünden administrative Doppelspurigkeiten. Ein Fernbleiben dürfte ausserdem dem Wirtschaftsstandort Schweiz abträglich sein, insbesondere wenn multinationale Unternehmensgruppen in und von der Schweiz aus operieren, in der Schweiz selbst aber keine Rechtsgrundlagen bestehen, die ihre internationalen Meldepflichten vereinfachen könnten. Der Kanton Nidwalden stimmt dem Bundesbeschluss über die Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von GloBE-Informationen daher grundsätzlich zu.

Die Umsetzung der GloBE-Vereinbarung in der Schweiz sollte bei den kantonalen Steuerbehörden zu keinem Mehraufwand führen, da diese die GloBE-Informationen unabhängig von einem internationalen Austausch verarbeiten und auswerten müssen. Ohne GloBE-Vereinbarung würden die Kantone die Informationen einfach über das lokale Filing und nicht zentral erhalten. Der internationale Informationsaustausch dient der Nachvollziehbarkeit der Deklarationen von ergänzungssteuerpflichtigen multinationalen Unternehmensgruppen. Es soll sichergestellt werden, dass in der Schweiz wie auch im Ausland eine korrekte Besteuerung im Rahmen der OECD-Mindestbesteuerung erfolgt.

3 Bemerkungen zur Umsetzung der GloBE-Vereinbarung in der Schweiz

In Absprache mit der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) erlauben wir uns allerdings noch die folgenden Bemerkungen zur GloBE-Vereinbarung und deren Umsetzung in der Schweiz:

Zur "Präambel"

Die GloBE-Vereinbarung statuiert, dass "das Recht der Staaten voraussichtlich von Zeit zu Zeit geändert wird, um Aktualisierungen der GloBE-Vorschriften Rechnung zu tragen, und dass, sobald diese Änderungen von einem Staat in Kraft gesetzt wurden, die Bestimmung des Begriffs «GloBE-Vorschriften» im Sinne dieser Vereinbarung für diesen Staat als Bezugnahme auf die aktualisierte Fassung gilt". Die in Art. 2 Abs. 1 MindStV festgelegte Definition der GloBE-Vorschriften weicht von der in der Präambel festgelegten ab (vgl. Kommentare in Abschnitt 1: Definitionen unten). Da das Völkerrecht dem Landesrecht übergeordnet ist (vgl. Art. 5 Abs. 4 der Bundesverfassung), stellt sich die Frage, ob diese Inkohärenz bei der Definition der globalen Regeln nicht dem statischen Verweis in der MindStV widerspricht. Zudem ist der englische Wortlaut der GloBE-Vereinbarung in seiner Terminologie weniger streng als der französische Text des aktuellen bundesrätlichen Entwurfs ("it is expected that the laws of the Jurisdictions would be amended from time to time to reflect updates to the GloBE Rules"). In Bezug auf den Begriff "wirksame Vereinbarung" hält der Erläuternde Bericht ferner fest (vgl. S. 8), dass beide Staaten erklären müssen, dass sie über die zur Umsetzung der GloBE-Vorschriften notwendigen Gesetze verfügen. Wir verstehen das so, dass lediglich die Anwendung der IIR, nicht aber der UTPR durch die Schweiz unproblematisch ist.

Zu "Begriffsbestimmungen" (Abschnitt 1)

Die Mindestbesteuerungsverordnung verweist statisch auf die globalen Mustervorschriften und für deren direkte Anwendung ausschliesslich auf die Mustervorschriften, die am 14. Dezember 2021 vom Inclusive Framework on BEPS genehmigt wurden (Art. 2 Abs. 1 MindStV). Die Erläuterungen zu den Mustervorschriften werden von der Mindestbesteuerungsverordnung aber nicht als Teil der globalen Mustervorschriften betrachtet, sondern nur als Hilfsmittel für deren Auslegung (Art. 2 Abs. 3 MindStV). Diese Definition scheint daher nicht mit

derjenigen der GloBE-Vereinbarung zu korrespondieren, wonach "GloBE-Vorschriften die GloBE-Mustervorschriften, den Kommentar zu den GloBE-Mustervorschriften und alle vom Inclusive Framework on BEPS der OECD/G20 erarbeiteten genehmigten Verwaltungsanweisungen (darunter die GloBE-Erklärung, der Weitergabeansatz und weitere im Rahmen des GloBE-Umsetzungsrahmens vereinbarte Leitlinien, Voraussetzungen und Anforderungen)" bedeutet (Abschnitt 1 Absatz 1 Buchstabe h). Wie in unseren obigen Bemerkungen zur Präambel erwähnt, stellt sich mithin die Frage, ob diese Inkohärenz in der Definition der GloBE-Vorschriften aufgrund des Vorranges des Völkerrechts nicht gegen die in Art. 2 Abs. 1 MindStV vorgesehene Verweisung verstösst.

Zu "Zusammenarbeit bei Korrekturen sowie der Einhaltung und Durchsetzung der GloBE-Vereinbarung" (Abschnitt 4)

Abschnitt 4 Absatz 1 in der französischen Fassung hält fest, dass Massnahmen zur Beschaffung von Informationen über Berichtigungen in einer weltweiten Informationserklärung innerhalb von "angemessenen Fristen" zu treffen sind. Darüber hinaus muss der Austausch dieser berichtigten Informationen ebenfalls innerhalb "angemessener Fristen" erfolgen. Der Begriff der "angemessenen Frist" wird im Abkommen aber nicht definiert. Der Erläuternde Bericht verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff "sofort". Der Begriff der "angemessenen Frist" sollte daher kohärent definiert werden. Und gemäss Abschnitt 4 Absatz 2 stellt die andere zuständige Behörde umgehend den Grund für den nicht erfolgten Austausch einer Information fest und unterrichtet die erstgenannte zuständige Behörde innert einem Monat. Diesbezüglich ist unklar, welcher Detaillierungsgrad erforderlich ist, um zu erklären, weshalb relevante Informationen nicht ausgetauscht wurden. Ist es insbesondere ausreichend, nur zu informieren, dass die Informationen nicht eingegangen sind, oder ist auch anzugeben, aus welchen Gründen die Informationen nicht eingegangen sind?

Zu "Allgemeine Bedingungen" (Abschnitt 8)

In Bezug auf Abschnitt 8 Absatz 1 legt der Erläuternde Bericht nicht fest, welche erste Steuerperiode ausgetauscht werden soll. Um den administrativen Aufwand für die betroffenen Unternehmen zu verringern, sollte die GloBE-Erklärung bereits ab dem Jahr 2024 über das globale Abkommen ausgetauscht werden können. Im Übrigen wäre auch noch eine Frist für die Deaktivierung gemäss Abschnitt 8 Absatz 5 zu definieren.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Res Schmid
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch



<CH-6060 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

Elektronisch an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Sarnen, 1. April 2025

Vernehmlassung: OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. Januar 2025, mit dem Sie uns die Vernehmlassungsvorlage der OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen unterbreiten. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die Einführung des Austauschs der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandorts bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung der Vereinbarung ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Sie dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz als auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen. Wir stimmen deshalb der GloBE-Vereinbarung grundsätzlich zu.

Für weitere Hinweise verweisen wir auf die Stellungnahme der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) in der Beilage.

Freundliche Grüsse

Cornelia Kaufmann-Hurschler
Regierungsrätin

Beilage:

- Stellungnahme der SSK

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Steuerverwaltung
- Staatskanzlei

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen

www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
staatskanzlei@sh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

per E-Mail:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schaffhausen, 29. April 2025

Vernehmlassung betreffend OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen; Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes bei. Es ist ein folgerichtiger Schritt in der Weiterverfolgung der schweizerischen Strategie zur Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung, der einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung dient. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen. Wir können daher der GloBE-Vereinbarung grundsätzlich zustimmen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnissnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.



Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:


Martin Kessler

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schwyz, 15. April 2025

OECD-Mindestbesteuerung, Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur OECD-Mindestbesteuerung, Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen zur Vernehmlassung bis 8. Mai 2025 unterbreitet.

Der Regierungsrat stimmt in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Vorstandes der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) vom 3. April 2025 der Vernehmlassungsvorlage zu. Die Schweiz kann mit deren Umsetzung ihre internationale Integrität als Wirtschaftsstandort stärken. Die Vorlage liegt auch im Interesse der betroffenen Unternehmen und der Steuerbehörden und stellt einen folgerichtigen Schritt bei der Umsetzung der OECD-Mindeststeuer in der Schweiz dar. Sie dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung in der Schweiz und im Ausland im Hinblick auf die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen.

In Bezug auf folgende Bestimmungen der GloBE-Vereinbarung sieht der Regierungsrat weiteren Präzisierungsbedarf:

- Abschnitt 1 (Begriffsbestimmungen): Der Verweis in Art. 2 Abs. 1 der Mindestbesteuerungsverordnung vom 22. Dezember 2023 (MindStV, SR 642.161) auf die globalen Mustervorschriften deckt sich nicht mit der darüber hinausgehenden Definition der «GloBE-Vorschriften» in der Vernehmlassungsvorlage. Bei der Klärung dieser Diskrepanz ist der generelle Vorrang des Völkerrechts vor dem Landesrecht zu berücksichtigen. Dieselbe Problematik besteht betreffend die Präambel der GloBE-Vereinbarung.
- Abschnitt 4 (Zusammenarbeit bei Korrekturen sowie der Einhaltung und Durchsetzung der Vereinbarung): Abs. 1 (französische Fassung): Unklar ist, innert welcher Frist Massnahmen zur Beschaffung von Informationen über Berichtigungen zu treffen und der Austausch dieser berichtigt-

ten Informationen zu erfolgen hat. Während die Vorlage von «angemessene Frist» spricht, verwendet der Bericht den Begriff «sofort». Vorlage und Bericht sollten in Übereinstimmung gebracht werden. Abs. 2: Nach dieser Bestimmung wird eine zuständige Behörde innerhalb eines Monats von der anderen zuständigen Behörde über einen nicht erfolgten Austausch benachrichtigt, nachdem diese den Grund für den nicht erfolgten Austausch festgestellt hat. Unklar ist der Umfang und Detaillierungsgrad dieser Benachrichtigung.

- Abschnitt 8 (Allgemeine Bedingungen): Abs. 1: Die Steuerperiode, für die erstmals Informationen ausgetauscht werden, sollte festgelegt werden. Ein möglichst früher Beginn verringert den Vollzugsaufwand der Unternehmen. Abs. 5: Eine Frist für die Deaktivierung der Austauschbeziehung sollte ebenfalls festgelegt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



Michael Stähli
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Finanzdepartement

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 57
finanzdepartement@fd.so.ch
so.ch

Peter Hodel
Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bernerhof
3003 Bern

per E-Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

8. Mai 2025

Vernehmlassung zur OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 haben Sie uns die OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Ausgangslage

Mit der 2. Säule des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft wurde eine Mindestbesteuerung für grosse, multinationale Unternehmensgruppen eingeführt. Diese betrifft Unternehmensgruppen mit einem Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro und bestimmt einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent auf der Basis einer international vereinheitlichten Bemessungsgrundlage. Der Mindeststeuersatz muss jeweils pro Staat erreicht werden.

Die Schweiz hat zur Umsetzung der Mindestbesteuerung mit Art. 197 Ziffer 15 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) eine Ermächtigungsgrundlage geschaffen, wonach der Bundesrat die Mindestbesteuerung vorübergehend auf dem Verordnungsweg zu regeln befugt ist. Hierauf gestützt hat der Bundesrat per 1. Januar 2024 die Qualified Domestic Minimum Tax (QDMTT) gemäss Artikel 1 Buchstabe a der Mindestbesteuerungsverordnung (MindStV) und per 1. Januar 2025 die Income Inclusion Rule (IIR) eingeführt. Damit wird bei den von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen in der Schweiz und bei deren Tochtergesellschaften diese Besteuerung sichergestellt.

Im Januar 2025 wurde im zuständigen Organ der OECD, dem Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) (IF) die Global Anti-Base Erosion (GloBE) Vereinbarung für den Austausch von GloBE-Informationen zwischen den Staaten erarbeitet. Hierdurch können insbesondere schweizerische multinationale Unternehmensgruppen die erforderlichen Informationen zentral an die schweizerische Behörde melden, welche die für andere Staaten relevanten Informationen diesen dann zukommen lässt. Im Gegenzug erhält die Schweiz GloBE-Informationen von Partnerstaaten, welche für lokale Mindeststeuerzwecke verwendet werden können und welche von den lokalen Geschäftseinheiten der betroffenen Unternehmen nicht zusätzlich einzeln in der Schweiz eingereicht werden müssen.

Für die Umsetzung dieses neuen internationalen Informationsaustauschs ist eine nationale Implementierung im Rahmen der Anpassung der Mindestbesteuerungsverordnung erforderlich. Ohne eine Teilnahme am Informationsaustausch der GloBE-Vereinbarung müssten multi-nationale Unternehmensgruppen in der Schweiz separat rapportieren und das zentralisierte Rapportieren würde womöglich über einen anderen Staat abgewickelt, was zu administrativen Doppelspurigkeiten führen würde.

Mit der Vorlage schlägt der Bundesrat die Genehmigung der GloBE-Vereinbarung vor.

Für die Hinterlegung der Notifikation ist die Genehmigung der Bundesversammlung, unter Vorbehalt des Referendums, erforderlich. Sobald die Bundesversammlung den Grundsatzentscheid zur Umsetzung der GloBE-Vereinbarung gefällt hat, kann der Bundesrat gestützt auf die Kompetenzdelegation entscheiden, mit welchen Staaten und Gebieten die Schweiz den Austausch vornehmen will. Nach der GloBE-Vereinbarung sollen die Staaten die ersten GloBE-Informationen frühestens ab dem 1. Juli 2026 untereinander austauschen. Da aufgrund der demokratischen Prozesse ein Inkrafttreten der GloBE-Vereinbarung in der Schweiz erst ab Mitte 2026 möglich ist, soll eine Erklärung mit Angaben zur vorläufigen Anwendung vorgenommen werden.

Stellungnahme

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. Januar 2025, mit dem Sie uns eingeladen haben, zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt.

Die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austausches der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen.

Entsprechend stimmen wir der GloBE-Vereinbarung grundsätzlich zu.

Nachfolgend nehmen wir zu einzelnen Bestimmungen Stellung:

Präambel

Die multilaterale Vereinbarung statuiert, dass «das Recht der Staaten voraussichtlich von Zeit zu Zeit geändert wird, um Aktualisierungen der GloBE-Vorschriften Rechnung zu tragen, und dass, sobald diese Änderungen von einem Staat in Kraft gesetzt wurden, die Bestimmung des Begriffs 'GloBE-Vorschriften' im Sinne dieser Vereinbarung für diesen Staat als Bezugnahme auf die aktualisierte Fassung gilt».

Die in Art. 2 Abs. 1 MindStV festgelegte Definition der GloBE-Vorschriften weicht von der in der Präambel der GloBE-Vereinbarung festgelegten Definition ab (vgl. Kommentare in Abschnitt 1: Definitionen unten). Da das Völkerrecht dem Landesrecht übergeordnet ist (vgl. Art. 5 Abs. 4 BV), stellt sich die Frage, ob diese Inkohärenz bei der Definition der globalen Regeln nicht dem statischen Verweis der MindStV widerspricht.

Zudem ist der englische Wortlaut der GloBE-Vereinbarung in seiner Terminologie weniger streng als der französische Text des aktuellen bundesrätlichen Entwurfs («it is expected that the laws of the Jurisdictions would be amended from time to time to reflect updates to the GloBE Rules»).

In Bezug auf den Begriff «wirksame Vereinbarung» hält der erläuternde Bericht (vgl. S. 8) fest, dass beide Staaten erklären müssen, dass sie über die zur Umsetzung der GloBE-Vorschriften notwendigen Gesetze verfügen. Wir verstehen, dass lediglich die Anwendung der IIR, nicht aber der UTPR, durch die Schweiz unproblematisch ist.

Abschnitt 1: Begriffsbestimmungen

Die Mindestbesteuerungsverordnung verweist statisch auf die globalen Mustervorschriften und für deren direkte Anwendung ausschliesslich auf die Mustervorschriften, die am 14. Dezember 2021 vom Inclusive Framework on BEPS genehmigt wurden (Art. 2 Abs. 1 MindStV). Die Erläuterungen zu den Mustervorschriften werden von der MindStV nicht als Teil der globalen Mustervorschriften betrachtet, sondern als Hilfsmittel für deren Auslegung (Art. 2 Abs. 3 MindStV).

Diese Definition scheint nicht mit derjenigen der GloBE-Vereinbarung zu korrespondieren, wonach «GloBE-Vorschriften, die GloBE-Mustervorschriften, den Kommentar zu den GloBE-Mustervorschriften und alle vom Inclusive Framework on BEPS der OECD/G20 erarbeiteten genehmigten Verwaltungsanweisungen (darunter die GloBE-Erklärung, der Weitergebensatz und weitere im Rahmen des GloBE-Umsetzungsrahmens vereinbarte Leitlinien, Voraussetzungen und Anforderungen)» bedeutet (Abschnitt 1 Absatz 1 Buchstabe h).

Wie in unseren obigen Kommentaren zur Präambel erwähnt, stellt sich die Frage, ob diese Inkohärenz in der Definition der GloBE-Vorschriften aufgrund des Vorranges des Völkerrechts gegen die in Art. 2 Abs. 1 MindStV vorgesehene Verweisung verstösst.

Zusammenarbeit bei Korrekturen sowie der Einhaltung und Durchsetzung der GloBE-Vereinbarung (Abschnitt 4)

Abschnitt 4 Absatz 1 in der französischen Fassung hält fest, dass Massnahmen zur Beschaffung von Informationen über Berichtigungen in einer weltweiten Informationserklärung innerhalb von «angemessenen Fristen» zu treffen sind. Darüber hinaus muss der Austausch dieser berichtigten Informationen auch innerhalb «angemessener Fristen» erfolgen.

Der Begriff der «angemessenen Frist» wird im Abkommen nicht definiert. Der erläuternde Bericht verwendet den Begriff «sofort».

Der Begriff der «angemessenen Frist» sollte daher kohärent definiert werden.

Gemäss Absatz 2 stellt die andere zuständige Behörde umgehend den Grund für den nicht erfolgten Austausch einer Information fest und unterrichtet die erstgenannte zuständige Behörde innert einem Monat. Diesbezüglich ist unklar, welcher Detaillierungsgrad erforderlich ist, um zu erklären, weshalb relevante Informationen nicht ausgetauscht wurden (ist es insbesondere ausreichend, nur zu informieren, dass die Informationen nicht eingegangen sind, oder ist auch anzugeben, aus welchen Gründen die Informationen nicht eingegangen sind).

Allgemeine Bedingungen (Abschnitt 8)

In Bezug auf Absatz 1 legt der erläuternde Bericht nicht fest, welche erste Steuerperiode ausgetauscht werden soll. Um den administrativen Aufwand für die Unternehmen zu verringern, sollte die GloBE-Erklärung bereits ab 2024 über das globale Abkommen ausgetauscht werden können.

Im Übrigen wäre eine Frist für die Deaktivierung gemäss Absatz 5 zu definieren.

Freundliche Grüsse

Peter Hodel
Regierungsrat



Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 29. April 2025

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur oben erwähnten Vorlage ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gerne wie folgt Stellung:

Die GloBE-Vereinbarung und der mit ihrer Umsetzung verbundene Austausch der GloBE-Informationen zwischen den Partnerstaaten ist im Interesse der von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen, da er für die entsprechenden Unternehmen zu administrativen Erleichterungen führt. Die Umsetzung dieses Informationsaustausches ist ein folgerichtiger Schritt der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Sie dient der Sicherstellung einer korrekten Erhebung der Mindeststeuer sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland. Wir stimmen daher der GloBE-Vereinbarung zu.

Wir bedanken uns für die Einladung zur Vernehmlassung.

Im Namen der Regierung

Susanne Hartmann
Präsidentin

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Karin Keller-Sutter
Bundespräsidentin
3003 Bern

Altnau, 29. April 2025
Nr. 244

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zur multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen.

1. Allgemeine Bemerkungen

Einleitend möchten wir auf unsere Bemerkungen hinweisen, die wir im Rahmen unserer Stellungnahme vom 10. Dezember 2024 (Aktuelle Entwicklung OECD-Mindeststeuer – mögliche Szenarien) vorgebracht haben. Wir sehen uns seit dem Wechsel der Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten in unserer Einschätzung betreffend die OECD-Mindeststeuer bestärkt. Internationale Regelungen scheinen an Bedeutung zu verlieren. Zwar hatten sich im Rahmen der OECD rund 140 Länder darauf geeinigt, künftig die Gewinne von Grosskonzernen mit mehr als 750 Mio. Euro Umsatz mit mindestens 15 Prozent zu besteuern. Die Schweiz hat Anfang 2024 als eines der ersten Länder weltweit die OECD-Mindeststeuer eingeführt. Auch die EU-Staaten und das Vereinigte Königreich haben die Mindeststeuer umgesetzt. Allerdings zeigen wichtige Länder wie die USA, China, Indien und Brasilien wenig bis keine Bereitschaft, die Mindeststeuer einzuführen. Im Gegenteil hat insbesondere die USA bereits mit Vergeltungsmassnahmen gedroht, falls die Undertaxed Profit Rule (UTPR) auf Tochtergesellschaften von US-Konzernen angewendet werden sollte. Gerade im Fall der USA ist dies stossend, denn die Vereinigten Staaten waren ursprünglich eine treibende Kraft des Projekts. Somit handelt es sich mittlerweile um ein weitestgehend europäisches Projekt und nicht den ursprünglich angestrebten globalen Standard. Solange die meisten und grossen Staaten der Weltwirtschaft sich nicht an einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen beteiligen, kann nicht von einem globalen Standard gesprochen werden. Entsprechend

2/4

befürchten wir, dass die OECD-Mindeststeuer gar nie als globaler Standard etabliert wird.

Aus den genannten Gründen erachten wir zum jetzigen Zeitpunkt einen Marschhalt bei der Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung als zwingend. Vorauseilender Gehorsam zulasten der Schweizer Volkswirtschaft ist in Anbetracht der unsicheren Umstände nicht zielführend.

Sollte die Schweiz dennoch an der bisherigen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung festhalten, so ist die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen ein folgerichtiger Schritt. Er würde wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes beitragen und wäre im Interesse der betroffenen Unternehmen. Einerseits würde die GloBE-Vereinbarung die zentralisierte Einreichung der notwendigen Informationen für die betroffenen multinationalen Unternehmensgruppen in der Schweiz ermöglichen. Dies wiederum würde zu einer administrativen Entlastung dieser Unternehmen führen. Andererseits würden die kantonalen Steuerbehörden die Möglichkeit erhalten, die Deklarationen der betroffenen Unternehmen zu plausibilisieren und damit eine korrekte Besteuerung sicherzustellen. Doppelspurigkeiten könnten vermieden werden. Eine Nichtgenehmigung des GloBE-Informationsaustausches hätte negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz. Multinationale Konzerne, die in und von der Schweiz aus operieren, würden keine adäquaten Voraussetzungen vorfinden, um ihren internationalen Meldepflichten nachzukommen.

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Präambel

Die multilaterale Vereinbarung statuiert, dass „das Recht der Staaten voraussichtlich von Zeit zu Zeit geändert wird, um Aktualisierungen der GloBE-Vorschriften Rechnung zu tragen, und dass, sobald diese Änderungen von einem Staat in Kraft gesetzt wurden, die Bestimmung des Begriffs „GloBE-Vorschriften“ im Sinne dieser Vereinbarung für diesen Staat als Bezugnahme auf die aktualisierte Fassung gilt“. Die in Art. 2 Abs. 1 der Mindestbesteuerungsverordnung (MindStV; SR 642.161) festgelegte Definition der GloBE-Vorschriften weicht von der in der Präambel der GloBE-Vereinbarung festgelegten Definition ab. Da das Völkerrecht gemäss Art. 5 Abs. 4 der Bundesverfassung (BV; SR 101) zu beachten ist, ist der statische Verweis der MindStV kritisch zu beurteilen. Zudem ist der englische Wortlaut der GloBE-Vereinbarung in seiner Terminologie weniger streng als der französische Text des aktuellen bundesrätlichen Entwurfs („it is expected that the laws of the Jurisdictions would be amended from time to time to reflect updates to the GloBE Rules“). Wir regen an, Art. 2 Abs. 1 MindStV sprachlich an die GloBE-Vorschriften anzupassen.

Abschnitt 1: Begriffsbestimmungen

Die MindStV verweist statisch auf die globalen Mustervorschriften und für deren direkte Anwendung ausschliesslich auf die Mustervorschriften, die am 14. Dezember 2021 vom Inclusive Framework on BEPS genehmigt wurden (Art. 2 Abs. 1 MindStV). Die Erläuterungen zu den Mustervorschriften werden von der MindStV nicht als Teil der globalen Mustervorschriften betrachtet, sondern als Hilfsmittel für deren Auslegung (Art. 2 Abs. 3 MindStV). Diese Definition scheint nicht mit derjenigen der GloBE-Vereinbarung zu korrespondieren, wonach „GloBE-Vorschriften“ die GloBE-Mustervorschriften, den Kommentar zu den GloBE-Mustervorschriften und alle vom Inclusive Framework on BEPS der OECD/G20 erarbeiteten genehmigten Verwaltungsanweisungen (darunter die GloBE-Erklärung, der Weitergebensatz und weitere im Rahmen des GloBE-Umsetzungsrahmens vereinbarte Leitlinien, Voraussetzungen und Anforderungen)“ bedeutet (Abschnitt 1 Abs. 1 lit. h).

Es stellt sich die Frage, ob diese Inkohärenz in der Definition der GloBE-Vorschriften aufgrund des Vorranges des Völkerrechts gegen die in Art. 2 Abs. 1 MindStV vorgesehene Verweisung verstösst (vgl. unsere Kommentare zur Präambel). Dies sollte geprüft werden

Abschnitt 4: Zusammenarbeit bei Korrekturen sowie der Einhaltung und Durchsetzung der GloBE-Vereinbarung

Gemäss Abs. 2 hält die andere zuständige Behörde umgehend den Grund für den nicht erfolgten Austausch einer Information fest und unterrichtet die erstgenannte zuständige Behörde innerhalb eines Monats. Diesbezüglich ist unklar, welcher Detaillierungsgrad erforderlich ist, um zu erklären, weshalb relevante Informationen nicht ausgetauscht wurden. Wir regen eine klare Definition an.

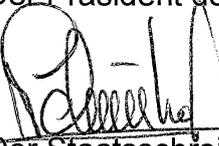
Abschnitt 8: Allgemeine Bedingungen

In Bezug auf Abs. 1 legt der erläuternde Bericht nicht fest, welche erste Steuerperiode ausgetauscht werden soll. Um den administrativen Aufwand für die Unternehmen zu verringern, sollte die GloBE-Erklärung bereits ab 2024 über das globale Abkommen ausgetauscht werden können. Im Übrigen wäre eine Frist für die Deaktivierung gemäss Abs. 5 zu definieren.

4/4

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Numero
1954

sl

0

Bellinzona
30 aprile 2025

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Onorevole Consigliera federale
Karin Keller-Sutter
Dipartimento federale delle finanze (DFF)
Bundesgasse 3
3003 Berna

*Invio per posta elettronica (word e pdf):
vernehmlassungen@sif.admin.ch*

Procedura di consultazione relativa all'imposizione minima dell'OCSE: approvazione dell'Accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio di informazioni GloBE («Global Anti-Base Erosion»)

Signora Consigliera federale,

abbiamo ricevuto la sua lettera del 29 gennaio 2025 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e la ringraziamo anzitutto per l'opportunità che ci viene concessa di esprimerci.

Situazione iniziale

Il secondo pilastro del progetto dell'OCSE e del G20 sull'imposizione dell'economia digitale ha introdotto un'imposizione minima per i grandi gruppi di imprese multinazionali. Essa riguarda i gruppi di imprese con un fatturato annuo di almeno 750 milioni di euro e fissa un'aliquota minima del 15% sulla base di un utile imponibile armonizzato a livello internazionale. L'aliquota minima d'imposta deve essere raggiunta a livello di ogni giurisdizione (cd. *jurisdictional blending*).

Con l'art. 197 n. 15 della Costituzione federale (Cost.), la Svizzera ha creato una base legale che autorizza il Consiglio federale a disciplinare temporaneamente l'imposizione minima mediante ordinanza. Su questa base, il 1° gennaio 2024 il Consiglio federale ha introdotto l'imposta integrativa svizzera (*Qualified Domestic Minimum Tax*; QDMTT) in virtù dell'art. 1 lett. a dell'Ordinanza sull'imposizione minima (OImM) e, il 1° gennaio 2025, l'imposta integrativa internazionale secondo la regola di inclusione del reddito (*Income Inclusion Rule*, IIR). L'imposizione minima è così garantita per le imprese interessate in Svizzera e le loro filiali.

Nel gennaio del 2025, in seno all'organo competente dell'OCSE, l'*Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting* (IF), è stato elaborato l'Accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio di informazioni GloBE (Accordo GloBE).

Questo accordo permette in particolare ai gruppi di imprese multinazionali svizzeri di depositare la loro dichiarazione d'informazione GloBE (*GloBE Information Return*; GIR) in modo centralizzato presso l'autorità svizzera, che si incaricherà in seguito di trasmettere le informazioni pertinenti agli Stati partner interessati. Per contro, la Svizzera riceverà dai suoi Stati partner le informazioni GloBE che potranno essere utilizzate ai fini dell'accertamento dell'imposta minima in Svizzera e che non dovranno più essere fornite mediante la presentazione di una dichiarazione d'informazione GloBE separata in Svizzera dalle entità costitutive svizzere dei gruppi di imprese interessati.

Presa di posizione

L'introduzione dello scambio di informazioni GloBE contribuisce a preservare la credibilità e la reputazione della piazza economica svizzera ed è nell'interesse dei grandi gruppi di imprese. L'attuazione dello scambio di informazioni GloBE è un passo logico verso il proseguimento della strategia adottata dalla Svizzera in relazione all'introduzione dell'imposizione minima dell'OCSE. L'attuazione serve a garantire un'imposizione corretta sia in Svizzera sia all'estero nel quadro dell'imposizione minima. La partecipazione a questo scambio comporta inoltre sgravi amministrativi per le imprese interessate dall'imposizione minima. Di conseguenza, in linea di principio approviamo l'Accordo GloBE.

Qui di seguito presentiamo la nostra presa di posizione in merito alle singole disposizioni:

Preambolo

Per quanto riguarda l'espressione «Accordo effettivo», il rapporto esplicativo indica che entrambi gli Stati devono dichiarare di disporre delle legislazioni necessarie per attuare le norme tipo GloBE (cfr. pag. 8 del rapporto esplicativo). Comprendiamo che l'applicazione da parte della Svizzera unicamente dell'IIR e non anche dell'UTPR non è problematica.

Sezione 1: Definizioni

L'Ordinanza sull'imposizione minima fa un rinvio statico alle norme tipo GloBE e si riferisce, per l'applicazione diretta, unicamente alle norme tipo GloBE approvate il 14 dicembre 2021 dall'IF (art. 2 cpv. 1 OlmM). Il commentario alle norme tipo GloBE e le pertinenti normative dell'OCSE/G20 non sono considerati dall'OlmM come parti integranti delle norme tipo GloBE, ma unicamente come strumenti per la loro interpretazione (art. 2 cpv. 3 OlmM). Questa definizione non sembra essere coerente con quella dell'Accordo GloBE che definisce le «norme GloBE» come «le norme tipo GloBE, il relativo commentario e tutti gli orientamenti amministrativi concordati ed emanati dall'Inclusive Framework on BEPS (comprese la dichiarazione GloBE, l'approccio di divulgazione e tutti gli altri orientamenti, condizioni e requisiti concordati in quanto parte del quadro di riferimento per l'attuazione delle norme GloBE)» (sezione 1, paragrafo 1, lettera h). Dato che il diritto internazionale prevale sul diritto nazionale (cfr. art. 5 cpv. 4 Cost.), occorre chiedersi se questa incoerenza nella definizione delle norme tipo GloBE non sia in contraddizione con il rinvio statico previsto dall'art. 2 cpv. 1 OlmM.

RG n. 1954 del 30 aprile 2025

Sezione 8: Condizioni generali

Per quanto riguarda il paragrafo 1, il rapporto esplicativo non stabilisce quale primo periodo fiscale debba essere scambiato. Per ridurre l'onere amministrativo per le imprese, la dichiarazione d'informazione GloBE dovrebbe poter essere scambiata in base all'Accordo GloBE già a partire dal periodo fiscale 2024.

Voglia gradire, signora Consigliera federale, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente



Norman Gobbi

Il Cancelliere



Arnaldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Divisione delle contribuzioni (dfe-de@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Frau Bundesrätin
Karin Keller-Suter
Bernhof
3003 Bern

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. Januar 2025, mit dem Sie uns eingeladen haben, zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Der Regierungsrat schliesst sich den Ausführungen der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) an und stimmt der GloBE Vereinbarung grundsätzlich zu. Die Einführung des Austauschs der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandorts bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austauschs der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen.

Bezüglich der Vernehmlassung zu einzelnen Bestimmungen verweist der Regierungsrat auf die

detaillierte Stellungnahme der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK).

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 22. April 2025



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Christian Arnold

Roman Balli

Beilage

- Stellungnahme der SSK zu OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch vom Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral des
finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par courriel : vernehmlassungen@sif.admin.ch

Réf. : 24_COU_795

Lausanne, le 30 avril 2025

Consultation relative à l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE (Accord GloBE)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à votre courrier du 29 janvier 2025, par lequel vous nous avez invités à prendre position sur l'approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE (« Accord GloBE »).

A ce titre, nous vous remercions de l'occasion ainsi offerte de prendre position à ce sujet.

Le Conseil d'Etat se prononce en faveur de l'introduction de l'échange d'informations GloBE qui contribue de manière essentielle, non seulement, au maintien de la crédibilité et de la réputation de la place économique suisse, mais également, à la protection des intérêts des entreprises concernées par le projet de l'imposition minimale de l'OCDE. La mise en œuvre de l'échange d'informations GloBE est l'étape suivante dans la poursuite de la stratégie adoptée par la Suisse à la suite de sa décision de juin 2023 d'introduire l'impôt minimum de l'OCDE. La mise en œuvre sert à garantir une imposition correcte en Suisse et à l'étranger dans le cadre de l'imposition minimale. La participation à cet échange entraîne un allègement administratif pour les grands groupes d'entreprises actifs à l'échelle internationale concernés par l'imposition minimale notamment car elle leur permettra d'accéder à la centralisation des dépôts des déclarations d'information prévues dans les règles types GloBE que la Suisse a transposées dans son droit national. Le Conseil d'Etat relève toutefois que cet Accord entraînera des charges supplémentaires sur les collectivités publiques, fédérales et cantonales.

Commentaires détaillés

S'agissant du préambule

L'Accord GloBE dispose « que la législation des Juridictions doit être périodiquement modifiée afin de tenir compte des mises à jour des Règles GloBE, et qu'une fois ces modifications promulguées par une Juridiction, la définition des Règles GloBE aux fins du présent Accord sera réputée faire référence à la version mise à jour pour cette Juridiction ».

La définition des Règles GloBE retenue à l'art. 2 al. 1 OIMin diffère de celle énoncée en préambule de l'Accord GloBE (cf. commentaires en Section 1 : Définitions ci-dessous). Le droit international étant supérieur au droit national (cf. art. 5 al. 4 Cst.), la question se pose de savoir si cette incohérence dans la définition des Règles GloBE contrevient au renvoi statique prévu par l'OIMin.

Par ailleurs, à cet égard, le texte en anglais de l'Accord GloBE est moins strict dans sa terminologie que le texte en français du projet actuel du Conseil fédéral (« it is expected that the laws of the Jurisdictions would be amended from time to time to reflect updates to the GloBE Rules »).

En ce qui concerne l'expression « accord en vigueur », le rapport explicatif indique que les deux juridictions doivent déclarer qu'elles disposent des lois nécessaires à la mise en œuvre des règles type GloBE (cf. p. 9 du rapport explicatif). Nous comprenons que l'application par la Suisse uniquement de l'IIR et non de l'UTPR n'est pas problématique.

S'agissant de la section 1 : définitions

L'ordonnance sur l'imposition minimale fait un renvoi statique aux règles types GloBE et se réfère pour l'application directe uniquement aux règles types approuvées le 14 décembre 2021 par le Cadre inclusif sur le BEPS (art. 2 al. 1 OIMin). Les commentaires des règles types ne sont pas considérés par l'OIMin comme faisant partie des règles type GloBE mais comme des outils pour leur interprétation (art. 2 al. 3 OIMin).

Cette définition ne paraît pas concorder avec celle de l'Accord GloBE qui définit les « Règles GloBE » comme « le Modèle de Règles GloBE, les Commentaires sur le Modèle de Règles GloBE et toute instruction administrative agréée élaborée par le Cadre inclusif OCDE/G20 sur le BEPS (y compris la Déclaration d'information GloBE, l'Approche de diffusion et toute autre instruction, condition ou exigence convenue au titre du Cadre de mise en œuvre des règles GloBE) » (section 1, paragraphe 1, alinéa h).

Comme indiqué dans nos commentaires relatifs au préambule ci-dessus, se pose la question de savoir si cette incohérence dans la définition des Règles GloBE contrevient au renvoi statique prévu à l'art. 2 al. 1 OIMin du fait de la supériorité du droit international.

S'agissant de la section 4 : collaboration concernant les corrections, la conformité et l'application

Le paragraphe 1 de la section 4 du texte français indique que les mesures pour se procurer des renseignements quant à des corrections dans une Déclaration d'information GloBE doivent être prises dans des « délais appropriés ». En sus, l'échange de ces renseignements corrigés doit également avoir lieu dans des « délais appropriés ».

La notion de « délai approprié » n'est pas définie par l'Accord. Le rapport explicatif quant à lui utilise le terme « immédiatement ».

Il conviendrait dès lors de définir de manière cohérente la notion de « délai approprié ».

Selon le paragraphe 2, l'autre Autorité compétente détermine rapidement la raison pour laquelle des renseignements n'ont pas été échangés et en informe la première Autorité compétente dans un délai d'un mois. À cet égard, il n'est pas clairement indiqué de quel degré de détail il s'agit pour expliquer la raison pour laquelle les renseignements pertinents n'ont pas été échangés (notamment, est-il suffisant de renseigner uniquement que les informations n'ont pas été reçues ou doit-on également renseigner pour quelles raisons les informations n'ont pas été reçues).

S'agissant de la section 8 : conditions générales

En ce qui concerne le paragraphe 1, le rapport explicatif ne définit pas quelle sera la première période fiscale dont les informations seront échangeables. Afin d'alléger la charge administrative des entreprises, il conviendrait que Déclaration d'information GloBE portant sur la période fiscale 2024 puisse être échangée par le biais de l'Accord GloBE.

Par ailleurs, il convient de définir le délai du préavis au paragraphe 5.

En vous remerciant d'avance pour la prise en considération de nos observations, nous vous prions, Madame la Conseillère fédérale, d'agréer nos salutations distinguées.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



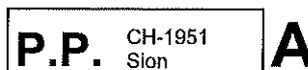
Michel Staffoni

Copies

- OAE
- ACI



2025.01530



Poste CH SA

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Eidg. Finanzdepartment
Bundesgasse 3
3003 Bern



Referenzen MA
Datum 16. April 2025

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen; Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. Januar 2025, mit dem Sie uns eingeladen haben, zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen Stellung zu nehmen.

Im Januar 2025 wurde im zuständigen Organ der OECD, dem Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) (IF) die Global Anti-Base Erosion (GloBE) Vereinbarung für den Austausch von GloBE-Informationen zwischen den Staaten erarbeitet. Hierdurch können insbesondere schweizerische multinationale Unternehmensgruppen die erforderlichen Informationen zentral an die schweizerische Behörde melden, welche die für andere Staaten relevanten Informationen diesen dann zukommen lässt. Im Gegenzug erhält die Schweiz GloBE-Informationen von Partnerstaaten, welche für lokale Mindeststeuerzwecke verwendet werden können und welche von den lokalen Geschäftseinheiten der betroffenen Unternehmen nicht zusätzlich einzeln in der Schweiz eingereicht werden müssen.

Für die Umsetzung dieses neuen internationalen Informationsaustauschs ist eine nationale Implementierung im Rahmen der Anpassung der Mindestbesteuerungsverordnung erforderlich. Ohne eine Teilnahme am Informationsaustausch der GloBE-Vereinbarung müssten multinationale Unternehmensgruppen in der Schweiz separat rapportieren und das zentralisierte Rapportieren würde womöglich über einen anderen Staat abgewickelt, was zu administrativen Doppelspurigkeiten führen würde.

Mit der Vorlage schlägt der Bundesrat die Genehmigung der GloBE-Vereinbarung vor.

Die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austausches der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen.

Entsprechend stimmen wir der GloBE-Vereinbarung zu.

In Bezug auf die Definition der GloBE-Vorschriften und der weiteren Begriffsbestimmungen verweisen wir auf die Stellungnahme der Schweizerischen Steuerkonferenz, welche wir vollumfänglich mittragen.

Wir bitten Sie Berücksichtigung der genannten Darlegungen und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Der Präsident

Franz Ruppen

Im Namen des Staatsrates



Die Staatskanzlerin

Monique Albrecht

Kopie an vernehmlassungen@sif.admin.ch



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Zug, 29. April 2025 rv

Vernehmlassungsverfahren zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen: Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 hat das Eidgenössische Finanzdepartement das Vernehmlassungsverfahren in rubrizierter Angelegenheit eröffnet und zur Einreichung einer Stellungnahme bis am 8. Mai 2025 eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit dazu und äussern uns wie folgt:

Antrag:

Die Vernehmlassungsvorlage sei umzusetzen.

Begründung:

Mit der 2. Säule des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft wurde eine Mindestbesteuerung für grosse, multinationale Unternehmensgruppen eingeführt. Diese betrifft Unternehmensgruppen mit einem Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro und bestimmt einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent auf der Basis einer international vereinheitlichten Bemessungsgrundlage. Der Mindeststeuersatz muss jeweils pro Staat erreicht werden.

Die Schweiz hat zur Umsetzung der Mindestbesteuerung mit Art. 197 Ziff. 15 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV; SR 101) eine Ermächtigungsgrundlage geschaffen, wonach der Bundesrat die Mindestbesteuerung vorübergehend auf dem Verordnungsweg zu regeln befugt ist. Hierauf gestützt hat der Bundesrat per 1. Januar 2024 die Qualified Domestic Minimum Tax (QDMTT) gemäss Art. 1 lit. a der Mindestbesteuerungsverordnung (MindStV; SR 642.161) und per 1. Januar 2025 die Income Inclusion Rule (IIR) eingeführt. Damit wird bei den von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen in der Schweiz und bei deren Tochtergesellschaften diese Besteuerung sichergestellt.

Im Januar 2025 wurde im zuständigen Organ der OECD, dem Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) (IF), die Global Anti-Base Erosion (GloBE) Vereinbarung für den Austausch von GloBE-Informationen zwischen den Staaten erarbeitet. Hierdurch können insbesondere schweizerische multinationale Unternehmensgruppen die erforderlichen Informationen zentral an die schweizerische Behörde melden, welche die für andere Staaten relevanten Informationen diesen dann zukommen lässt. Im Gegenzug erhält die Schweiz GloBE-Informationen von Partnerstaaten, welche für lokale Mindeststeuerzwecke verwendet werden können und welche von den lokalen Geschäftseinheiten der betroffenen Unternehmen nicht zusätzlich einzeln in der Schweiz eingereicht werden müssen.

Für die Umsetzung dieses neuen internationalen Informationsaustauschs ist eine nationale Implementierung im Rahmen der Anpassung der Mindestbesteuerungsverordnung erforderlich. Ohne eine Teilnahme am Informationsaustausch der GloBE-Vereinbarung müssten multinationale Unternehmensgruppen in der Schweiz separat rapportieren und das zentralisierte Rapportieren würde womöglich über einen anderen Staat abgewickelt, was zu administrativen Doppelspurigkeiten führen würde.

Mit der Vorlage schlägt der Bundesrat die Genehmigung der GloBE-Vereinbarung vor.

Für die Hinterlegung der Notifikation ist die Genehmigung der Bundesversammlung, unter Vorbehalt des Referendums, erforderlich. Sobald die Bundesversammlung den Grundsatzentscheid zur Umsetzung der GloBE-Vereinbarung gefällt hat, kann der Bundesrat gestützt auf die Kompetenzdelegation entscheiden, mit welchen Staaten und Gebieten die Schweiz den Austausch vornehmen will. Nach der GloBE-Vereinbarung sollen die Staaten die ersten GloBE-Informationen frühestens ab dem 1. Juli 2026 untereinander austauschen. Da aufgrund der demokratischen Prozesse ein Inkrafttreten der GloBE-Vereinbarung in der Schweiz erst ab Mitte 2026 möglich ist, soll eine Erklärung mit Angaben zur vorläufigen Anwendung vorgenommen werden.

Die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austausches der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen. Entsprechend stimmen wir der GloBE-Vereinbarung zu.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Simon Schlumpf, Abteilungsleiter Juristische Personen Steuerverwaltung (041 594 56 13, simon.schlumpf@zg.ch), zur Verfügung.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Zug, 29. April 2025

Regierungsrat des Kantons Zug



Andreas Hostettler
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Finanzdepartement (vernehmlassungen@sif.admin.ch; PDF und Word)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch)
- Steuerverwaltung (internet.stv@zg.ch)



Elektronisch an vernehmlassungen@sif.admin.ch



Kanton Zürich
Regierungsrat

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

9. April 2025 (RRB Nr. 399/2025)

Bundesbeschluss über die Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von GloBE-Informationen (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. Januar 2025, mit dem Sie uns eingeladen haben, zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen (GloBE-Vereinbarung) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und der Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Sie ist ein folgerichtiger Schritt zur Fortsetzung der von der Schweiz mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung eingeschlagenen Strategie. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Mindestbesteuerung sowohl in der Schweiz als auch im Ausland. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen. Entsprechend sind wir mit der Genehmigung der GloBE-Vereinbarung einverstanden.

Für die Umsetzung möchten wir auf die folgenden Punkte hinweisen:

Die Mindestbesteuerungsverordnung (MindStV, SR 642.161) verweist statisch auf die globalen Mustervorschriften und für deren direkte Anwendung ausschliesslich auf die Mustervorschriften, die am 14. Dezember 2021 vom Inclusive Framework on BEPS genehmigt wurden (Art. 2 Abs. 1 MindStV). Die Erläuterungen zu den Mustervorschriften werden nicht als Teil der globalen Mustervorschriften betrachtet, sondern als Hilfsmittel für deren Auslegung (Art. 2 Abs. 3 MindStV). Diese Definition scheint nicht mit derjenigen der GloBE-

Vereinbarung übereinzustimmen, wonach zu den «GloBE-Vorschriften» die GloBE-Mustervorschriften, der Kommentar zu den GloBE-Mustervorschriften und alle vom Inclusive Framework on BEPS der OECD/G20 erarbeiteten genehmigten Verwaltungsanweisungen gehören (Abschnitt 1 Abs. 1 Bst. h GloBE-Vereinbarung). Dieser Widerspruch sollte für die Umsetzung aufgelöst werden.

Aus dem erläuternden Bericht ergibt sich nicht, für welche Steuerperiode der erste Austausch stattfinden soll. Um den administrativen Aufwand für die Unternehmen möglichst gering zu halten, sollten die GloBE-Informationen bereits für die Steuerperiode 2024 über das globale Abkommen ausgetauscht werden können.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Natalie Rickli

Dr. Kathrin Arioli



**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNE
UND FINANZDIREKTOREN**

Frau Bundespräsidentin
Karin Keller-Sutter
Vorsteherin EFD
Bernerhof
3003 Bern

Bern, 3. April 2025

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen. Vernehmlassungsstellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Mit Brief vom 29. Januar 2025 haben Sie die randvermerkte Vernehmlassung eröffnet. Der Vorstand der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) hat sich auf dem Zirkularweg mit der Vorlage befasst und stimmt der GloBE-Vereinbarung grundsätzlich zu.

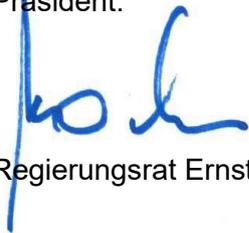
Die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austausches der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNE
UND FINANZDIREKTOREN**

Präsident:



Regierungsrat Ernst Stocker

Generalsekretär:



Dr. Peter Mischler

Sekretariat - Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern
T +41 31 320 16 30 / www.fdk-cdf.ch

Kopie (per E-Mail)

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Mitglieder FDK
- Mitglieder SSK

**CONFERENCE DES
DIRECTRICES ET DIRECTEURS
CANTONAUX DES FINANCES**

Madame la Présidente
de la Confédération
Karin Keller-Sutter
Cheffe du DFF
Bernerhof
3003 Berne

Berne, le 3 avril 2025

Imposition minimale de l'OCDE : approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE. Prise de position sur le projet en consultation

Madame la Présidente de la Confédération,

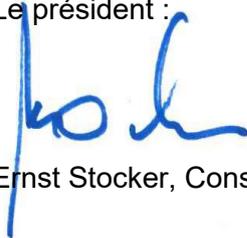
Par courrier du 29 janvier 2025, vous avez ouvert la procédure de consultation citée en marge. Le Comité de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances (CDF) a examiné le projet par voie de circulation et approuve en principe l'accord GloBE.

L'introduction de l'échange de la déclaration d'information GloBE contribue dans une large mesure au maintien de la légitimité et de la réputation de la place économique suisse et est dans l'intérêt des entreprises concernées. La mise en œuvre de l'échange de la déclaration d'information GloBE est la suite logique de la stratégie adoptée par la Suisse en lien avec l'introduction de l'imposition minimale de l'OCDE. Elle permet de garantir une imposition correcte en Suisse et à l'étranger dans le cadre de l'imposition minimale. En outre, la participation à cet échange entraîne un allègement administratif pour les entreprises concernées par l'imposition minimale.

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur ce projet, nous vous prions d'agréer, Madame la Présidente de la Confédération, l'expression de notre considération distinguée.

**CONFÉRENCE DES DIRECTRICES ET DES DIRECTEURS
CANTONAUX DES FINANCES**

Le président :



Ernst Stocker, Conseiller d'État

Le secrétaire général :



Peter Mischler

Sekretariat - Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern
T +41 31 320 16 30 / www.fdk-cdf.ch

Copie (par E-Mail)

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Membres de la CDF
- Membres de la CSI

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Musterstellungnahme der SSK

Ausgangslage

Mit der 2. Säule des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft wurde eine Mindestbesteuerung für grosse, multinationale Unternehmensgruppen eingeführt. Diese betrifft Unternehmensgruppen mit einem Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro und bestimmt einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent auf der Basis einer international vereinheitlichten Bemessungsgrundlage. Der Mindeststeuersatz muss jeweils pro Staat erreicht werden.

Die Schweiz hat zur Umsetzung der Mindestbesteuerung mit Art. 197 Ziffer 15 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) eine Ermächtigungsgrundlage geschaffen, wonach der Bundesrat die Mindestbesteuerung vorübergehend auf dem Verordnungsweg zu regeln befugt ist. Hierauf gestützt hat der Bundesrat per 1. Januar 2024 die Qualified Domestic Minimum Tax (QDMTT) gemäss Artikel 1 Buchstabe a der Mindestbesteuerungsverordnung (MindStV) und per 1. Januar 2025 die Income Inclusion Rule (IIR) eingeführt. Damit wird bei den von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen in der Schweiz und bei deren Tochtergesellschaften diese Besteuerung sichergestellt.

Im Januar 2025 wurde im zuständigen Organ der OECD, dem Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) (IF) die Global Anti-Base Erosion (GloBE) Vereinbarung für den Austausch von GloBE-Informationen zwischen den Staaten erarbeitet. Hierdurch können insbesondere schweizerische multinationale Unternehmensgruppen die erforderlichen Informationen zentral an die schweizerische Behörde melden, welche die für andere Staaten relevanten Informationen diesen dann zukommen lässt. Im Gegenzug erhält die Schweiz GloBE-Informationen von Partnerstaaten, welche für lokale Mindeststeuerzwecke verwendet werden können und welche von den lokalen Geschäftseinheiten der betroffenen Unternehmen nicht zusätzlich einzeln in der Schweiz eingereicht werden müssen.

Für die Umsetzung dieses neuen internationalen Informationsaustauschs ist eine nationale Implementierung im Rahmen der Anpassung der Mindestbesteuerungsverordnung erforderlich. Ohne eine Teilnahme am Informationsaustausch der GloBE-Vereinbarung müssten multinationale Unternehmensgruppen in der Schweiz separat rapportieren und das zentralisierte Rapportieren würde womöglich über einen anderen Staat abgewickelt, was zu administrativen Doppelspurigkeiten führen würde.

Mit der Vorlage schlägt der Bundesrat die Genehmigung der GloBE-Vereinbarung vor.

Für die Hinterlegung der Notifikation ist die Genehmigung der Bundesversammlung, unter Vorbehalt des Referendums, erforderlich. Sobald die Bundesversammlung den Grundsatzentscheid zur Umsetzung der GloBE-Vereinbarung gefällt hat, kann der Bundesrat gestützt auf die Kompetenzdelegation entscheiden, mit welchen Staaten und Gebieten die Schweiz den

Austausch vornehmen will. Nach der GloBE-Vereinbarung sollen die Staaten die ersten GloBE-Informationen frühestens ab dem 1. Juli 2026 untereinander austauschen. Da aufgrund der demokratischen Prozesse ein Inkrafttreten der GloBE-Vereinbarung in der Schweiz erst ab Mitte 2026 möglich ist, soll eine Erklärung mit Angaben zur vorläufigen Anwendung vorgenommen werden.

Stellungnahme

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. Januar 2025, mit dem Sie uns eingeladen haben, zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Die Einführung des Austausches der GloBE-Informationen trägt wesentlich zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Wirtschaftsstandortes bei und ist im Interesse der betroffenen Unternehmen. Die Umsetzung des Austausches der GloBE-Informationen ist ein folgerichtiger Schritt im Sinne einer Fortsetzung der von der Schweiz eingeschlagenen Strategie im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung. Die Umsetzung dient der Sicherstellung einer korrekten Besteuerung sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland im Rahmen der Mindestbesteuerung. Ausserdem führt die Teilnahme an diesem Austausch zu administrativen Entlastungen für die von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen.

Entsprechend stimmen wir der GloBE-Vereinbarung grundsätzlich zu.

Nachfolgend nehmen wir zu einzelnen Bestimmungen Stellung:

Präambel

Die multilaterale Vereinbarung statuiert, dass «das Recht der Staaten voraussichtlich von Zeit zu Zeit geändert wird, um Aktualisierungen der GloBE-Vorschriften Rechnung zu tragen, und dass, sobald diese Änderungen von einem Staat in Kraft gesetzt wurden, die Bestimmung des Begriffs «GloBE-Vorschriften» im Sinne dieser Vereinbarung für diesen Staat als Bezugnahme auf die aktualisierte Fassung gilt».

Die in Art. 2 Abs. 1 MindStV festgelegte Definition der GloBE-Vorschriften weicht von der in der Präambel der GloBE-Vereinbarung festgelegten Definition ab (vgl. Kommentare in Abschnitt 1: Definitionen unten). Da das Völkerrecht dem Landesrecht übergeordnet ist (vgl. Art. 5 Abs. 4 BV), stellt sich die Frage, ob diese Inkohärenz bei der Definition der globalen Regeln nicht dem statischen Verweis der MindStV widerspricht.

Zudem ist der englische Wortlaut der GloBE-Vereinbarung in seiner Terminologie weniger streng als der französische Text des aktuellen bundesrätlichen Entwurfs («it is expected that the laws of the Jurisdictions would be amended from time to time to reflect updates to the GloBE Rules»).

In Bezug auf den Begriff «wirksame Vereinbarung» hält der erläuternde Bericht (vgl. S. 8) fest, dass beide Staaten erklären müssen, dass sie über die zur Umsetzung der GloBE-Vorschriften notwendigen Gesetze verfügen. Wir verstehen, dass lediglich die Anwendung der IIR, nicht aber der UTPR durch die Schweiz unproblematisch ist.

Abschnitt 1: Begriffsbestimmungen

Die Mindestbesteuerungsverordnung verweist statisch auf die globalen Mustervorschriften und für deren direkte Anwendung ausschliesslich auf die Mustervorschriften, die am 14. Dezember 2021 vom Inclusive Framework on BEPS genehmigt wurden (Art. 2 Abs. 1 MindStV). Die Erläuterungen zu den Mustervorschriften werden von der MindStV nicht als Teil der globalen Mustervorschriften betrachtet, sondern als Hilfsmittel für deren Auslegung (Art. 2 Abs. 3 MindStV).

Diese Definition scheint nicht mit derjenigen der GloBE-Vereinbarung zu korrespondieren, wonach «GloBE-Vorschriften» die GloBE-Mustervorschriften, den Kommentar zu den GloBE-Mustervorschriften und alle vom Inclusive Framework on BEPS der OECD/G20 erarbeiteten genehmigten Verwaltungsanweisungen (darunter die GloBE-Erklärung, der Weitergabeansatz und weitere im Rahmen des GloBE-Umsetzungsrahmens vereinbarte Leitlinien, Voraussetzungen und Anforderungen)» bedeutet (Abschnitt 1 Absatz 1 Buchstabe h).

Wie in unseren obigen Kommentaren zur Präambel erwähnt, stellt sich die Frage, ob diese Inkohärenz in der Definition der GloBE-Vorschriften aufgrund des Vorranges des Völkerrechts gegen die in Art. 2 Abs. 1 MindStV vorgesehene Verweisung verstösst.

Zusammenarbeit bei Korrekturen sowie der Einhaltung und Durchsetzung der GloBE-Vereinbarung (Abschnitt 4)

Abschnitt 4 Absatz 1 in der französischen Fassung hält fest, dass Massnahmen zur Beschaffung von Informationen über Berichtigungen in einer weltweiten Informationserklärung innerhalb von «angemessenen Fristen» zu treffen sind. Darüber hinaus muss der Austausch dieser berichtigten Informationen auch innerhalb «angemessener Fristen» erfolgen.

Der Begriff der «angemessenen Frist» wird im Abkommen nicht definiert. Der erläuternde Bericht verwendet den Begriff «sofort».

Der Begriff der «angemessenen Frist» sollte daher kohärent definiert werden.

Gemäss Absatz 2 stellt die andere zuständige Behörde umgehend den Grund für den nicht erfolgten Austausch einer Information fest und unterrichtet die erstgenannte zuständige Behörde innert einem Monat. Diesbezüglich ist unklar, welcher Detaillierungsgrad erforderlich ist, um zu erklären, weshalb relevante Informationen nicht ausgetauscht wurden (ist es insbesondere ausreichend, nur zu informieren, dass die Informationen nicht eingegangen sind, oder ist auch anzugeben, aus welchen Gründen die Informationen nicht eingegangen sind).

Allgemeine Bedingungen (Abschnitt 8)

In Bezug auf Absatz 1 legt der erläuternde Bericht nicht fest, welche erste Steuerperiode ausgetauscht werden soll. Um den administrativen Aufwand für die Unternehmen zu verringern, sollte die GloBE-Erklärung bereits ab 2024 über das globale Abkommen ausgetauscht werden können.

Im Übrigen wäre eine Frist für die Deaktivierung gemäss Absatz 5 zu definieren.

[Ort, Datum]



GRÜNE Schweiz

Waisenhausplatz 21

3011 Bern

raphael.noser@gruene.ch

031 326 66 07

Per Mail:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 08. Mai 2025

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Mit der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage schlägt der Bundesrat die Ratifizierung der multilateralen Vereinbarung über den Austausch von Global Anti-Base Erosion(GloBE)-Informationen vor. Der Bundesrat schafft damit die Grundlage für den GloBE-Informationsaustausch und somit letztlich für eine effiziente Umsetzung der OECD-Mindeststeuer in der Schweiz, welcher Volk und Stände im Juni 2023 zugestimmt haben. Die GRÜNEN unterstützen diesbezüglich den vorliegenden Vorschlag des Bundesrates sowie den geplanten Informationsaustausch vollumfänglich. Es ist richtig, dass der Bundesrat weiterhin an der Umsetzung der OECD-Mindeststeuer festhält.

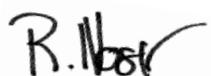
Die GRÜNEN sind allerdings weiterhin dezidiert der Ansicht, dass der Verteilschlüssel für die Einnahmen aus der globalen Mindeststeuer angepasst werden muss, um die interkantonale Steuergerechtigkeit zu stärken. Weiter ist bei den kantonalen Umsetzungen darauf zu

achten, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen weder den interkantonalen noch den internationalen Tiefsteuerwettbewerb weiter anheizen und dass diese Steuereinnahmen nicht indirekt wieder an die betroffenen Unternehmen zurückfliessen. Diese Anliegen sind nicht Gegenstand der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage. Die GRÜNEN sind jedoch bereit, sowohl auf nationaler wie auch auf kantonaler Ebene an einer entsprechenden sozial gerechten Umsetzung der OECD-Mindeststeuer mitzuwirken.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse


Lisa Mazzone
Präsidentin


Raphael Noser
Leiter Politik



Per Mail: vernehmlassungen@sif.admin

Bern, 1. Mai 2025

Vernehmlassung: OECD-Mindestbesteuerung – Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Im Rahmen der am 1. Januar 2024 in der Schweiz eingeführten OECD-Mindestbesteuerung in der Form einer Ergänzungssteuer ist ebenfalls ein internationaler Informationsaustausch vorgesehen. Dessen Grundlage bildet die «Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen» (kurz: «GloBE-Vereinbarung»). Die Genehmigung dieser Vereinbarung ist Gegenstand der vorliegenden Vernehmlassung. Deren Umsetzung im nationalen Recht via Anpassung der Mindeststeuerverordnung wird separat im ersten Halbjahr 2025 durch die ESTV vernehmlasst.

Mindestbesteuerung unter Druck – nächste Schritte sorgfältig abwägen

Grundsätzlich unterstützt Die Mitte die Genehmigung der GloBE-Vereinbarung, welche es insbesondere den kantonalen Steuerbehörden ermöglicht, die Deklarationen der ergänzungssteuerpflichtigen Unternehmen zu plausibilisieren. Damit wird in der Schweiz sowie im Ausland sichergestellt, dass eine korrekte Umsetzung der Mindestbesteuerung erfolgt. Ausserdem werden dadurch administrative Doppelspurigkeiten vermindert.

Das Projekt einer globalen Mindeststeuer steht jedoch insgesamt unter wachsendem Druck. Bedeutende Länder haben sich von der ursprünglich vereinbarten Linie entfernt oder setzen sie nur selektiv um. Nur etwa ein Drittel der 140 unterzeichnenden Staaten haben bislang konkrete Schritte zu deren Umsetzung eingeleitet. Das sind allen voran die 27 EU-Staaten, mit welchen die Schweiz eng verflochtene wirtschaftliche Beziehungen pflegt – doch auch seitens der EU erscheint eine Anpassung der anfänglich beschlossenen Mindeststeuer-Regelung im Rahmen des Möglichen.

Daher sollte die Schweiz in der aktuell volatilen Lage zwar die Einführung der OECD-Mindeststeuer weiterverfolgen, dabei aber mit Zurückhaltung und kritischer Beobachtung der internationalen Entwicklungen vorgehen. Es muss letztlich sichergestellt sein, dass für alle Länder einheitliche Vorgaben gelten und die Schweiz nicht durch ein mit dem internationalen Umfeld unzureichend abgestimmtes Vorgehen ins Hintertreffen gerät. Sollte sich das internationale Umfeld wesentlich verändern, ist eine rasche, aber sorgfältige Neuausrichtung der Schweiz aus Sicht der Mitte unerlässlich.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz

Die Mitte
Schweiz

Seilerstrasse 8a
Postfach
CH-3001 Bern

T 031 357 33 33
info@die-mitte.ch
die-mitte.ch

FDP.Die Liberalen, Neuengasse 20, 3011 Bern

Bern, 29. April 2025 / RC
VL_GloBe

Elektronischer Versand: vernehmlassungen@sif.admin.ch

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die Grundlage für den Informationsaustausch im Rahmen der OECD-Mindestbesteuerung bildet die sogenannte GloBE-Vereinbarung. Der Bundesbeschluss zur Genehmigung der GloBE-Vereinbarung ist Gegenstand der vorliegenden Vernehmlassung.

Die FDP.Die Liberalen ist dagegen, dass der Bundesrat den Bundesbeschluss zur GloBE-Vereinbarung überstürzt dem Parlament unterbreitet. Die Schweiz tut gut daran, bei der Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung nicht den Musterknaben zu spielen. Für die FDP ist entscheidend, dass die OECD-Mindestbesteuerung – und der entsprechende Informationsaustausch – weder eine zusätzliche Belastung für Unternehmen schafft, noch die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gefährdet. Die politischen Entwicklungen bzgl. der OECD-Mindestbesteuerung müssen genau beobachtet werden. Namentlich hat die neue US-Regierung unter Donald Trump angekündigt, (i) das Abkommen zur OECD-Mindestbesteuerung nicht anzuwenden, was das ganze Konstrukt in Frage stellt, und (ii) dass Länder, die amerikanische Firmen im Sinne der OECD-Mindestbesteuerung mit Zusatzsteuern belegen, mit Sanktionen rechnen müssen. Etwa könnten die USA Schweizer Unternehmen höher besteuern. Falls sich der Zollstreit mit den USA noch irgendwie regeln sollte, brauchen wir den vorliegenden Bundesbeschluss nun wirklich nicht.

Sofern der Bundesrat (und das Parlament) trotz diesen Umständen die GloBE-Vereinbarung genehmigen und umsetzen will, plädiert die FDP mit Blick auf die angekündigte separate Vorlage auf eine möglichst schlanke Umsetzung auf nationaler Ebene.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter

Elektronisch an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

**OECD-Mindestbesteuerung:
Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den
Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen**

Stellungnahme zur Vernehmlassung der Schweizerischen Volkspartei SVP

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur vorliegenden OECD-Vereinbarung die Stellungnahme der SVP kommunizieren zu dürfen.

Im Januar 2025 hat das «Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting» (BEPS) der OECD die multilaterale Vereinbarung über den automatischen Austausch von GloBE-Informationen verabschiedet. Dieses Instrument soll den Informationsaustausch über die Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung ermöglichen und wurde den Mitgliedstaaten – darunter auch der Schweiz – zur Unterzeichnung und Ratifizierung vorgelegt.

Die SVP lehnt die Ratifizierung der vorliegenden OECD-Vereinbarung ab. Den automatischen Austausch von GloBE-Informationen widerspricht dem Grundsatz der Unschuldsumutung. Unternehmen werden unter einem quasi Generalverdacht gestellt und gezwungen, Informationen über ihre weltweiten Aktivitäten offen zu legen. Eine solche Auskunftspflicht widerspricht den Grundsätzen eines freiheitlichen Rechtsstaates und wirft im Hinblick auf die Datensicherheit wesentliche Zweifel auf.

Der Bundesrat argumentiert, das geplante Informationsaustauschsystem liege im Interesse der von der OECD-Mindeststeuer betroffenen multinationalen Konzerne. Durch ein sogenanntes «Central Filing» bei den Schweizer Behörden würden diese Unternehmen von der Pflicht entlastet werden, ihre Daten in jedem einzelnen Land separat einzureichen. Doch statt daraus die naheliegende Konsequenz zu ziehen – nämlich, dass ein solches System in seiner ganzen Konstruktion unnötig und überschüssig ist – nutzt der Bundesrat die Gelegenheit einmal mehr, seine Kompetenzen auszuweiten und sich selbst als Datenverteiler in den Diensten einer internationalen Bürokratie zu etablieren.



Die GloBE-Vereinbarung verpflichtet die Schweiz, ohne konkreten Anlass sensible Unternehmensdaten systematisch an ausländische Behörden zu übermitteln. Ein solcher Automatismus bedeutet nichts anderes als eine Massenüberwachung der Schweizer Wirtschaft – ein Vorgehen, das mit den Prinzipien eines freiheitlichen Rechtsstaats unvereinbar ist. Besonders besorgniserregend ist, dass diese Daten an Drittstaaten weitergegeben werden sollen, deren rechtstaatliche Standards weder überprüft noch garantiert werden können. Die Schweiz verliert damit jede Kontrolle über den weiteren Umgang mit diesen Informationen – ob sie vertraulich behandelt oder missbraucht werden, liegt künftig ausserhalb unseres Einflussbereichs. Angesichts der hohen Sensibilität der betroffenen Steuer- und Unternehmensdaten ist ein solches Vorgehen unverhältnismässig und sicherheitspolitisch inakzeptabel.

Die Schweiz hat sich bisher durch ein hohes Datenschutzniveau und einen sorgfältigen Umgang mit sensiblen Informationen ausgezeichnet. Die Ratifizierung des automatischen Austausches von GloBE-Informationen würde diesen bewährten Grundsatz aufgeben - zum Schaden unserer Unternehmen, zur Schwächung unseres Wirtschaftsstandortes und zu Lasten unserer rechtsstaatlichen Integrität.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär

Marcel Dettling
Nationalrat

Henrique Schneider



Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3001 Bern

Tel. 031 329 69 69

www.sp-ps.ch

info@spschweiz.ch

stefan.schuetz@spschweiz.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail an:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

15. April 2025

SP-Stellungnahme zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global-Anti-Base-Erosion-Informationen (OECD-Mindestbesteuerung)

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Keller Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen die Gelegenheit gerne wahr, Stellung zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und Ratifizierung der «Global Anti-Base Erosion» (GloBE-) Vereinbarung zu nehmen.

1. Zusammenfassende Haltung der SP

Die SP unterstützt die Genehmigung der GloBE-Vereinbarung in der vorliegenden Form.

2. Inhalt des vorgeschlagenen Gesetzes und Position der SP

Volk und Stände haben im Juni 2023 der Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen mit einer überwältigenden Mehrheit von 78,5 Prozent zugestimmt. Inzwischen hat die Schweiz die Mindestbesteuerung bereits auf dem Verordnungsweg eingeführt. Um die Erarbeitung einer *gesetzlichen* Umsetzung in Angriff nehmen zu können, muss erst das Abkommen genehmigt werden, welches den internationalen Rahmen der OECD/G20-Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen regelt. Dieser liegt nun in Form der GloBE-Vereinbarung vor. Sie wurde von einer Arbeitsgruppe der OECD ausgearbeitet, vom Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) verabschiedet und bildet eine völkerrechtliche Grundlage für den

Austausch von GloBE-Informationen, namentlich von Steuerdaten grosser Unternehmensgruppen. Damit regelt sie nicht die Art der auszutauschenden Informationen, sondern die Modalitäten des Austauschs.

Die SP Schweiz unterstützt den Bundesbeschluss in der vorliegenden Form. Die Verankerung des Central-Filing-Prinzips führt zu einem effizienten Informationsaustausch. Damit wird der administrative Aufwand für die betroffenen Unternehmen ebenso wie für die assoziierten Staaten kleinstmöglich gehalten, ohne die Erreichung des Reformziels zu kompromittieren. Zudem sind die negativen Folgen nicht zu unterschätzen, welche dem Wirtschaftsstandort Schweiz und der Reputation unseres Landes entstehen würden, sollte das Parlament die GloBE-Vereinbarung nicht genehmigen.

Die SP kann nachvollziehen, dass die Schweiz den Genehmigungs- und Ratifizierungsprozess vergleichsweise früh initiieren muss, da ihre legislativen Prozesse im Allgemeinen mehr Zeit als in anderen Staaten in Anspruch nehmen. Daher unterstützt die Partei den Bundesrat in seinen Bestrebungen, den Bundesbeschluss dem Parlament möglichst früh vorzulegen.

Die GloBE-Vereinbarung ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer fairen, regelbasierten internationalen Steuerordnung. Die Bevölkerung hat im Juni 2024 deutlich gezeigt, dass sie diesen Weg zu gehen gewillt ist. Die SP unterstützt dies voll und ganz.

Wir danken Ihnen, geschätzte Frau Bundespräsidentin, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Stefan M. Schütz
Politischer Fachreferent



**Parti social-démocrate
de la Suisse**

Secrétariat central
Place du théâtre 4
3001 Berne

Tél. 031 329 69 69

www.sp-ps.ch

info@spschweiz.ch

stefan.schuetz@spschweiz.ch

Département fédéral des finances (DFF)
Secrétariat d'Etat aux questions financières internationales (SFI)
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par courriel à
vernehmlassungen@sif.admin.ch

15 avril 2025

Position du PS suisse concernant l'approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information *globale anti-érosion de la base d'imposition* (Imposition minimale de l'OCDE)

Madame la Présidente de la Confédération Keller Sutter,
Mesdames et Messieurs,

Nous saisissons volontiers l'occasion de prendre position sur l'arrêté fédéral portant sur l'approbation et la ratification de l'accord sur les règles globales anti-érosion de la base d'imposition (*Global Anti-Base Erosion GloBE*).

1. Position résumée du PS

Le PS soutient l'approbation de l'accord GloBE dans la forme présente.

2. Contenu de la législation proposée et position du PS

En juin 2023, le peuple et les cantons ont approuvé la mise en œuvre du projet OCDE/G20 sur l'imposition des grands groupes d'entreprises à une écrasante majorité de 78,5 pour cent. Entre-temps, la Suisse a déjà introduit l'imposition minimale par voie d'ordonnance. Pour pouvoir initier l'élaboration d'une mise en œuvre dans la loi, il faut d'abord approuver l'accord qui règle le cadre international de l'imposition minimale des grands groupes d'entreprises de l'OCDE/G20. Celui-ci est désormais disponible sous la forme de l'accord GloBE. Il a été élaboré par un groupe de travail de l'OCDE, adoptée par le Cadre inclusif sur l'érosion de la base et le transfert de bénéfices (BEPS) et constitue une base de droit international public pour l'échange d'informations GloBE, notamment de données fiscales relatives aux grands groupes d'entreprises. Elle ne règle donc pas le type d'informations à échanger, mais les modalités de l'échange.

Le PS Suisse soutient l'arrêté fédéral dans la forme présente. L'ancrage du principe de la centralisation des dépôts conduit à un échange d'informations efficace. La charge administrative pour les entreprises concernées ainsi que pour les États associés est ainsi réduite au minimum sans compromettre la réalisation de l'objectif de la réforme. En outre, il ne faut pas sous-estimer les conséquences négatives pour la place économique suisse et la réputation de notre pays si le Parlement n'approuve pas l'accord GloBE.

Le PS Suisse comprend que la Suisse doit initier le processus d'approbation et de ratification relativement tôt, car ses processus législatifs prennent généralement plus de temps que dans d'autres États. C'est pourquoi le parti soutient le Conseil fédéral dans ses efforts pour soumettre l'arrêté fédéral au Parlement le plus tôt possible.

L'accord GloBE est un nouveau jalon sur la voie vers un ordre fiscal international plus juste et fondé sur des règles. En juin 2024, la population a clairement montré qu'elle était prête à suivre cette voie. Le PS soutient pleinement cette démarche.

Nous vous remercions, Madame la Présidente de la Confédération, Mesdames et Messieurs, de bien vouloir prendre en compte nos demandes et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Parti socialiste suisse



Mattea Meyer
Co-présidente



Cédric Wermuth
Co-président-es



Stefan M. Schütz
Conseiller politique



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)
Bundesgasse 3
3003 Berne

Per E-Mail: vernehmlassungen@sif.admin.ch

8. Mai 2025

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen: Stellungnahme economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Januar 2025 wurden wir eingeladen, uns zur Genehmigung des GIR MCAA zu äussern. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Zusammenfassung

economieuisse ist mit dem Beitritt der Schweiz zur multilateralen Vereinbarung über den internationalen Austausch von GloBE-Informationen einverstanden. Die zentrale Einreichung des GloBE Information Return (GIR) in der Schweiz verringert den administrativen Aufwand für die betroffenen Unternehmen und erhöht die Rechtssicherheit. Der Zugang zu relevanten Daten aus Partnerstaaten verbessert die internationale Koordination, reduziert Doppelmeldungen und ermöglicht eine effizientere Umsetzung der Mindestbesteuerung.

economieuisse verknüpft ihre Zustimmung jedoch mit klaren Rahmenbedingungen: Der GIR-Austausch muss bereits für die Steuerperiode 2024 möglich sein, damit der Informationsfluss ab 2026 sichergestellt ist. Konsultations- und Korrekturverfahren dürfen keinesfalls zu einer faktischen Einflussnahme ausländischer Behörden auf die schweizerische Steuerveranlagung führen und müssen zeitlich sowie inhaltlich klar begrenzt bleiben. Der Austausch darf ausschliesslich mit Staaten erfolgen, die die GloBE-Regeln anwenden oder ein qualifiziertes QDMTT-System eingeführt haben. Zudem soll die Nutzung des Abkommens für Unternehmen freiwillig bleiben und - unabhängig von politischen Entwicklungen im Ausland - langfristig als Kooperationsinstrument bestehen können.

Ausgangslage

Mit der Annahme einer Verfassungsänderung im Jahr 2023 hat die Schweiz die rechtlichen Grundlagen für die Einführung einer globalen Mindestbesteuerung geschaffen. Im Anschluss wurde auf internationaler Ebene ein multilaterales Abkommen erarbeitet, das den Austausch von Informationen im Zusammenhang mit der globalen Mindeststeuer (GloBE) regelt. Das Abkommen wurde im Januar 2025 verabschiedet. Die Schweiz plant, ab 2026 am Informationsaustausch teilzunehmen, mit dem Ziel, Rechtssicherheit zu schaffen und redundante Datenübermittlungen zu vermeiden.

Die Vereinbarung regelt insbesondere:

- rechtliche Grundlagen und technische Standards für den Datenaustausch (z. B. über das OECD Common Transmission System),
- Anforderungen an Datenschutz und Vertraulichkeit bei der Übermittlung sensibler Unternehmensdaten,
- Verfahren zur Korrektur fehlerhafter Angaben sowie Konsultationsmechanismen zwischen Staaten,
- Möglichkeit eines selektiven, bilateralen Austauschs,
- konkrete Prozesse, Fristen und Formate (z. B. XML-Schemata),
- Regeln zur Aktivierung, Beendigung und Überprüfung von Austauschbeziehungen.

Die staatliche Souveränität bleibt gewahrt: Der Austausch erfolgt nur mit Partnerstaaten, die ausdrücklich vom Bundesrat benannt wurden. Erste Übermittlungen sind frühestens ab 2026 vorgesehen.

Auf nationaler Ebene wird das Abkommen durch eine Anpassung der Mindeststeuerverordnung umgesetzt. Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) übernimmt dabei eine zentrale Rolle: Sie koordiniert sowohl den internationalen Datenaustausch mit Partnerstaaten als auch die Weiterleitung relevanter Informationen an die kantonalen Steuerbehörden.

Stellungnahme von economiesuisse

Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen - Anwendung der Mindeststeuer durch eine substantielle Zahl wichtiger wirtschaftlicher Partnerstaaten der Schweiz - begrüsst economiesuisse den Beitritt der Schweiz zum multilateralen Abkommen. Ohne diesen Beitritt wäre es Schweizer Konzernen nicht möglich, ihren GloBE Information Return (GIR) zentral in der Schweiz einzureichen. Dies würde zu einer dezentralen Einreichung in verschiedenen Ländern führen, was mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden wäre und zusätzliche Kosten zur Folge hätte. Zudem bestünde die Gefahr, dass zusätzliche Informationen an ausländische Steuerbehörden geliefert werden müssten. Der Zugang zum GIR ist im Interesse der von der Mindeststeuer betroffenen Schweizer Unternehmen.

Die Vereinbarung ermöglicht ein sogenanntes «Central Filing» in der Schweiz, wodurch Unternehmen ihre GIR-Daten gebündelt einreichen können. Das reduziert nicht nur den Aufwand, sondern schafft auch Rechtssicherheit und unterstützt die kantonalen Steuerbehörden bei einer effizienteren Prüfung.

Wichtig ist dabei, dass der Austausch des GIR bereits für die Steuerperiode 2024 ermöglicht wird, damit der Informationsfluss ab Juli 2026 gewährleistet ist – obwohl die Schweiz die internationale Ergänzungssteuer (Income Inclusion Rule) erst ab 2025 erhebt.

Der Zugang zu Daten aus Partnerstaaten verbessert zudem die Koordination internationaler Meldepflichten und reduziert Doppelmeldungen. Besonders hervorzuheben ist, dass kein automatischer Datenaustausch vorgesehen ist: Wenn ein Partnerstaat die Mindeststeuer nicht umgesetzt hat, kann auf den Austausch verzichtet werden. Austauschende Staaten unterliegen strengen Datenschutzerfordernissen zur Sicherung von Geschäftsgeheimnissen. Die Einhaltung der

Anforderungen ist sicherzustellen und regelmässig zu prüfen.

economiesuisse erachtet folgende Rahmenbedingungen als wichtig:

- Die Botschaft des Bundesrates muss klarstellen, dass Konsultationen (Abschnitt 6) und Korrekturen (Abschnitt 4) keine faktische Einflussnahme ausländischer Behörden auf die Steuerveranlagung in der Schweiz oder den QDMTT-Status haben dürfen. Solche Verfahren müssen zeitlich begrenzt und auf Übermittlungsfehler, Meldepflichtverletzungen oder technische Mängel beschränkt bleiben – nicht auf materielle Steuerfragen wie die Auslegung von GloBE-Regeln.
- Die vorläufige Anwendung des GIR ab 2026 muss explizit als Ausnahmefall definiert werden. Gleichzeitig muss spätestens Anfang 2026 für die betroffenen Unternehmen ersichtlich sein, mit welchen Staaten ein Datenaustausch möglich sein wird. Firmen brauchen diese Information, um gegebenenfalls das Reporting über andere Staaten sicherzustellen. Die Information kann beispielsweise in Form einer Absichtserklärung des Bundes erfolgen.
- Der Austausch darf ausschliesslich mit Staaten erfolgen, die entweder die GloBE-Regeln anwenden oder ein qualifiziertes QDMTT-System eingeführt haben. Der Bundesrat soll zudem eine Lösung finden, um den Austausch mit Rumänien (derzeit ein nicht-reziproker AIA-Partner) und weiteren potenziellen «AIA-Problemstaaten» zu ermöglichen. Generell ist ein möglichst umfassender Austausch mit allen Staaten, die die Mindeststeuer eingeführt haben, wünschenswert.
- Die Teilnahme am Abkommen muss für Unternehmen freiwillig bleiben – im Gegensatz zum verpflichtenden Country-by-Country Reporting (CbCR). Das Abkommen soll auch dann anwendbar bleiben, wenn die Schweiz auf die IIR- oder QDMTT-Regelungen verzichten sollte. Auch dann bietet der GIR als zentrales Übermittlungssystem von nötigen Daten einen klaren Mehrwert.
- Die Genehmigung des Abkommens ist von den politischen Diskussionen um die Mindeststeuer zu trennen. Das Abkommen und die darauf gestützte Möglichkeit zur Verwendung des GIR sind ein rein technisches Bedürfnis und kein politisches Bekenntnis. Solange die Mindeststeuer von einer substantiellen Zahl von wirtschaftlich relevanten Staaten angewendet wird, sind Schweizer Unternehmen zum Datenaustausch gezwungen. Dieser Datenaustausch muss zentral über die Schweizer Behörden erfolgen können. Der Mindeststeuer gegenüber bleibt die Schweizer Wirtschaft kritisch eingestellt. Das versprochene «Level Playing Field» im internationalen Steuerwettbewerb ist nicht absehbar, wenn rund zwei Drittel der Inclusive-Framework-Staaten die Mindeststeuer nicht anwenden und mit den USA ein wichtiger Staat die Anwendung der Mindeststeuer unter Strafandrohungen explizit ausschliesst. Die internationalen Entwicklungen müssen daher von den Schweizer Behörden eng verfolgt werden. Sollte sich abzeichnen, dass neue Regelungen die Schweiz oder Schweizer Unternehmen systematisch benachteiligen, ist zu erwarten, dass im Einklang mit der relevanten Bestimmung in der schweizerischen Bundesverfassung zur Wahrung der Interessen der Schweizer Gesamtwirtschaft Einfluss genommen wird. Auf die Einführung der UTPR ist grundsätzlich zu verzichten. Die Anwendung der IIR muss im Lichte der Entwicklungen und unter kritischer Beurteilung ihres gesamtwirtschaftlichen Nutzens evaluiert werden. Entspricht die Mindeststeuer - unter Abwägung aller Faktoren - nicht mehr den Interessen der Schweizer Gesamtwirtschaft, sind Alternativen zu prüfen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
economiesuisse

Seite 4

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen: Stellungnahme
economiesuisse



Dr. Frank Marty
Mitglied der Geschäftsleitung, Bereichsleiter
Finanz- und Steuerpolitik



Thimea Häfliger
Projektmitarbeiterin Finanz- und Steuerpolitik

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail zugestellt an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Basel, 6. Mai 2025
UKA / +41 58 330 63 00

Stellungnahme der SBVg zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die am 29. Januar 2025 eröffnete Vernehmlassung zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen («GloBE-Vereinbarung»). Wir bedanken uns für die Konsultation zu diesem für den Finanzplatz Schweiz wichtigen Dossier. Gerne nehmen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme wahr und unterbreiten Ihnen nachfolgend unsere Anliegen.

Zusammenfassung

- Unabhängig von der Frage der Genehmigung der GloBE-Vereinbarung muss die internationale Umsetzung der GloBE-Regeln aktiv und kritisch beobachtet werden. Bis auf weiteres bestehen keine steuerlichen oder wirtschaftlichen Gründe für die Einführung einer UTPR durch die Schweiz. Mittelfristig wird auch eine Lagebeurteilung zur IIR vorgenommen werden. Die Frage ist, ob die IIR der Schweiz und der schweizerischen Wirtschaft mittel- bis langfristig mehr Nutzen oder mehr Schaden bringt.
- Unter den folgenden Bedingungen könnten wir die Genehmigung der neuen GloBE-Vereinbarung mittragen.
- Die Botschaft des Bundesrates muss klarstellen, dass der Korrekturmechanismus in Abschnitt 4 und die Konsultationen unter Abschnitt 6 der GloBE-Vereinbarung nicht dazu führen kann, dass ausländische Behörden nachträglich in die materiellen Steuerveranlagungen der schweizerischen Behörden eingreifen können, oder den QDMTT-Status der Schweiz faktisch aushebeln können. Zudem sollte die Botschaft klarstellen, wie die

Korrektur- und Konsultationsanliegen ausländischer Behörden an Fristen gebunden werden können.

- Einer vorläufigen Anwendung auf Anfang des Jahres 2026 können wir zustimmen, sofern ein solches Vorgehen rechtsstaatlich die Ausnahme bleibt.
- Eine aktive Austauschbeziehung mit anderen Staaten müsste nur eingegangen werden, wenn es sich um umsetzende oder QDMTT-Staaten handelt.

Position

Zum Stand der internationalen politischen Umsetzung

Die internationale Umsetzung der ursprünglich von über 140 Staaten beschlossenen GloBE-Steuerregeln der OECD muss nach wie vor aktiv und kritisch beobachtet werden. Eine grössere Anzahl der für die Schweiz wirtschaftlich wichtigen Staaten hat die Regeln bis jetzt nicht implementiert, darunter die USA, China sowie einige BRICS-Staaten.

Das OECD GloBE-Projekt steht insbesondere seit dem Amtsantritt von US-Präsident Trump vor besonders grossen Herausforderungen. Er kündigte an, dass sich die USA vom Digitalbesteuerungsprojekt zurückziehen und Gegenmassnahmen wie z.B. Zölle gegen Staaten ergreifen würden, die diskriminierende und extra-territoriale Steuern gegen die USA erheben. Darunter dürfte die UTPR von GloBE fallen und allenfalls auch die IIR.

Der Bundesrat hat die UTPR per 1. Januar 2025 nicht eingeführt. Das ist aus unserer Sicht angesichts der internationalen steuerlichen Lage sehr begrüssenswert. Bis auf weiteres bestehen keine steuerlichen und wirtschaftlichen Gründe, aufgrund welcher die Schweiz eine UTPR einführen sollte. Im Gegenteil, bei einer Einführung müsste insbesondere mit empfindlichen Gegenmassnahmen aus den USA gerechnet werden. Wir plädieren dafür, dass der Bundesrat die UTPR bis auf weiteres nicht einführt und je nach Stand der internationalen Lage am Schluss ganz auf die Einführung verzichtet.

Mittelfristig wird auch eine Lagebeurteilung zur IIR vorzunehmen sein, welche der Bundesrat auf 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt hat. Die Frage ist, ob die IIR mittel- bis langfristig der Schweiz und der schweizerischen Wirtschaft mehr Nutzen oder mehr Schaden bringt.

Zu GloBE-Vereinbarung und dem Bundesbeschluss im Allgemeinen

Die neue GloBE-Vereinbarung ist eine weitere, der inzwischen zahlreich gewordenen multilateralen Vereinbarungen und Standards im Steuerbereich. Aus Sicht der Schweizerischen Bankiervereinigung ist es politisch und wirtschaftlich nach wie vor sinnvoll, dass die Schweiz den internationalen Standards in Steuersachen grundsätzlich folgt. Es darf aber nicht dazu kommen, dass die Schweiz unnötig ihre Souveränität preisgibt oder ihre Position im internationalen Standortwettbewerb durch die Übernahme und den Vollzug von im Ausland geprägtem Recht einseitig und wesentlich verschlechtert.

Unter den nachfolgend ausgeführten Bedingungen könnten wir die Genehmigung der neuen GloBE-Vereinbarung mittragen.

Zu Abschnitt 4 der Vereinbarung: Zusammenarbeit bei Korrekturen sowie der Einhaltung und Durchsetzung der Vereinbarung

Eine zuständige ausländische Behörde kann die schweizerische zuständige Behörde benachrichtigen, wenn sie Grund zu der Annahme hat, dass die in einer GloBE-Erklärung enthaltene Informationen korrigiert werden müssten. Unseres Erachtens hat sich der hier vorgesehene Korrekturmechanismus auf Fehler in der technischen Übermittlung zu beschränken und darf keinesfalls dazu führen, dass ausländische Behörden versuchen, via das neue Abkommen die in der Schweiz vorgenommenen Steuerveranlagungen materiell zu verändern.

Es ist nachvollziehbar, dass eine internationale Vereinbarung zur Übermittlung von Informationen auch Bestimmungen für technische Korrekturen in dieser Übermittlung beinhalten muss. Aus dem Abkommen und dem erläuternden Bericht für die Vernehmlassung geht hingegen zu wenig klar hervor, auf was sich diese Korrekturen beziehen dürfen, und wo sie ihre Grenzen haben.

Ein wesentlicher Grund für die Übernahme des OECD-Standards durch die Schweiz war die bessere Rechtssicherheit für die betroffenen Unternehmen in der Schweiz. Mit der nationalen Ergänzungssteuer hat die Schweiz eine qualified domestic minimum top up tax («QDMTT») eingeführt. Die Veranlagung der bisherigen Gewinnsteuern von Bund und Kantonen und der Ergänzungssteuer sind in der Kompetenz der schweizerischen Steuerbehörden und muss vom Ausland akzeptiert werden. Die Schweiz hat explizit auf diesen QDMTT-Status mit dem entsprechenden safe harbour der OECD hingearbeitet. Es darf nun nicht sein, dass mit einer unklaren oder extensiven Anwendung der Korrekturmöglichkeit in Abschnitt 4 der QDMTT-Status von ausländischen Behörden ausgehebelt werden kann.

Die von GloBE betroffenen Unternehmen in der Schweiz werden die Ergänzungssteuer deklarieren und bezahlen und vertrauen darauf, dass die Veranlagung in der Kompetenz der schweizerischen Behörden ist. Sich für die betroffenen Unternehmen ergebende Nachteile der Steuererhöhung durch die Mindestbesteuerung sollten nicht durch zusätzliche Rechtsunsicherheiten verschärft werden.

Nach dem Wortlaut der GloBE-Vereinbarung ist der Korrekturmechanismus für die involvierten Behörden nicht an Fristen gebunden. De facto könnte eine ausländische Behörde auch noch fünf Jahre nach Übermittlung der Daten erstmals ein Korrekturbegehren stellen. Ohne Ablauffrist werden alle übermittelten Daten auf unbestimmte Zeit Gegenstand späterer Korrekturersuchen sein können. Das scheint uns eine unangemessene Konsequenz der Vereinbarung. Die Schweiz sollte auf nationaler oder internationaler Ebene klären, dass Korrekturanliegen der Behörden an Fristen gebunden sind.

Einerseits darf die GloBE-Vereinbarung nicht über die rein technische Regelung des Datenaustausches hinausgehen und andererseits darf es den anderen Staaten keine Kontroll- und Einflussnahmemöglichkeiten geben, welche diese zum Nachteil der Schweiz verwendet werden könnten.

Aus diesen Gründen muss die Botschaft des Bundesrates zuhanden des Parlaments klarstellen, dass der Korrekturmechanismus in Abschnitt 4 der GloBE-Vereinbarung nicht dazu führen kann, dass ausländische Behörden nachträglich in die materiellen Steuerveranlagungen der schweizerischen Behörden eingreifen können, oder den QDMTT-Status der Schweiz faktisch aushebeln können. Zudem sollte die Botschaft klarstellen, wie die Korrekturanliegen ausländischer Behörden an Fristen gebunden werden können.

Zu Abschnitt 6 der Vereinbarung: Konsultationen

Treten bei der Anwendung oder Auslegung der GloBE-Vereinbarung Schwierigkeiten auf, so kann eine zuständige Behörde Konsultationen mit einer oder mehreren zuständigen Behörden zur Ausarbeitung geeigneter Massnahmen verlangen, durch welche die Einhaltung der Vereinbarung sichergestellt wird. Auf Wunsch kann auch das Sekretariat des Koordinierungsgremiums angerufen werden.

Das von der Schweiz schon vor einigen Jahren unterzeichnete Übereinkommen des Europarates und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen («Amtshilfeübereinkommen») sieht in Artikel 24 eine ähnlich lautende Bestimmung vor.

Dass sich die GloBE-Vereinbarung auf das Amtshilfeübereinkommen stützt, ist uns nicht klar, weshalb die GloBE-Vereinbarung eine eigene Verfahrensbestimmung in diesem Bereich benötigt. Auf jeden Fall gelten für uns und für die von GloBE betroffenen Unternehmen auch hier die Überlegungen oben zu Abschnitt 4 der Vereinbarung.

Die Botschaft des Bundesrates zuhanden des Parlaments muss klarstellen, dass der Konsultationsmechanismus in Abschnitt 6 der GloBE-Vereinbarung nicht dazu führen kann, dass ausländische Behörden nachträglich in die materiellen Steuerveranlagungen der schweizerischen Behörden eingreifen können, oder den QDMTT-Status der Schweiz faktisch aushebeln können. Zudem sollte die Botschaft klarstellen, wie die Anfragen für Konsultationen durch ausländische Behörden an Fristen gebunden werden können.

Zur vorläufigen Anwendung der Vereinbarung auf Anfang 2026

Im erläuternden Bericht wird skizziert, wie die GloBE-Vereinbarung, welche erst im Sommer 2026 definitiv in Kraft treten könnte, bereits auf Anfang des Jahre 2026 hin vorläufig angewendet werden könnte. In der schweizerischen Tradition der Rechtssetzung wirft ein solches Vorgehen à priori Fragen auf. Als Vertreterin von Unternehmen, welche von GloBE betroffen sind, nehmen wir in diesem Punkt eine Interessenabwägung zwischen einer pragmatischen Haltung vor, welche es erlaubt die Vorteile des sogenannten central filing bereits ein halbes Jahr früher zu Nutzen und einer rechtsstaatlichen Haltung, nach welcher eine Vorwirkung von Gesetzen nur ausnahmsweise möglich ist. Ein Vorgehen wie im erläuternden Bericht vorgeschlagen muss die Ausnahme bleiben.

Zum Thema Eingehen einer aktiven Austauschbeziehung

Eine aktive Austauschbeziehung mit Staaten sollte nur eingegangen werden, wenn es sich um einen umsetzenden oder QDMTT-Staat handelt. Gemäss dem erläuternden Bericht setzt die GloBE-Vereinbarung aktuell nicht zwingend voraus, dass es sich um einen umsetzenden oder QDMTT-Staat (vgl. Abschnitt 1 Buchstaben g. bzw. l. GloBE Vereinbarung) handelt, um eine aktive Austauschbeziehung mit Staaten einzugehen. Die GloBE-Vereinbarung verlangt derzeit lediglich, dass ein Austauschstaat über den rechtlichen und operativen Rahmen verfügt, der die Einreichung und den Austausch von Informationen der GloBE-Erklärung ermöglicht. Aus unserer Sicht wäre zu prüfen, inwieweit die Schweiz einen entsprechenden Vorbehalt anbringen soll, zumal ein Vorpreschen der Schweiz unter Berücksichtigung der Haltung der OECD gar nicht

• Swiss Banking

notwendig wäre. Es würde in diesem Fall vorerst genügen, den operativen (technischen) Rahmen zu implementieren, ohne eine vorläufige Anwendung anzupeilen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen für die weiteren Arbeiten. Gerne stehen wir Ihnen für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Schweizerische Bankiervereinigung



Gabriel Bourquin
Leiter Steuern & Leiter Romandie



Urs Kapalle
Leiter Tax Strategy

Madame la Conseillère fédérale Keller-Sutter
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Berne, le 5 mai 2025 usam-MH/zh

Réponse à la procédure de consultation :

Approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE

Madame la Conseillère fédérale Keller-Sutter,
Madame, Monsieur,

Plus grande organisation faïtière de l'économie suisse, l'Union suisse des arts et métiers usam représente plus de 230 associations et plus de 600 000 PME, soit 99,8% des entreprises de notre pays. La plus grande organisation faïtière de l'économie suisse s'engage sans répit pour l'aménagement d'un environnement économique et politique favorable au développement des petites et moyennes entreprises.

Le 6 décembre 2025, le Département fédéral des finances (DFF) nous a convié à prendre position dans le cadre de la procédure de consultation sur l'Approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE.

I. Contexte

Le Conseil fédéral a introduit l'imposition minimale de l'OCDE en Suisse le 1er janvier 2024 via un impôt complémentaire national, sachant qu'un échange d'informations fiscales était prévu. L'accord multilatéral GloBE, adopté en janvier 2025 par le Cadre inclusif sur le BEPS de l'OCDE/G20, régit cet échange entre les États partenaires. Cet accord, en consultation pour approbation, entrera en vigueur à l'été 2026, permettant les premiers échanges de déclarations GloBE. Il facilite un dépôt centralisé des informations en Suisse, allégeant les démarches administratives pour les entreprises concernés et permettant à la Suisse de respecter ses obligations internationales. La mise en œuvre nationale fait l'objet d'une autre consultation jusqu'au 20 août 2025.

II. Appréciation générale

La position de l'usam a toujours été l'opposition par principe au taux d'imposition minimale de l'OCDE, car il empêche la concurrence fiscale et entraîne des pertes de compétitivité, de prospérité et de qualité de vie. Toutefois, l'imposition minimale remplit les exigences de l'usam, puisqu'elle prévoit l'exclusion des PME ainsi que des mesures compensatoires. L'usam est par ailleurs satisfaite que les recettes de cet impôt complémentaires soient si basses.

Maintenant, l'usam est d'avis que le Conseil fédéral doit **suspendre la mise en œuvre de cet impôt**, qui tend à réduire la saine concurrence fiscale internationale, ou du moins, sérieusement se poser la question de l'opportunité d'une telle mesure pour la compétitivité de l'économie suisse. Les Etats-Unis, la Chine, l'Inde et le Brésil ne vont même pas mettre en œuvre l'imposition minimum. Il ne s'agira donc pas d'un standard internationalement reconnu, mais d'une réglementation qui ne fera que freiner l'efficacité fiscale et pénaliser les entreprises qui sont actives sur des marchés non-impliqués à cette démarche d'imposition supplémentaire.

Si le Conseil fédéral souhaite tout de même adopter et ratifier l'accord multilatéral sur l'échange de déclarations d'information relatives à l'impôt minimal complémentaire des multinationales, conformément au pilier 2 de l'accord GloBE, plusieurs remarques s'imposent.

Cet accord établit un cadre juridique clair pour l'échange de renseignements GloBE entre les juridictions signataires. Il permettra aux autorités fiscales suisses d'accéder aux déclarations des entreprises étrangères soumises à l'impôt complémentaire et de transmettre les déclarations des groupes suisses aux juridictions partenaires.

Le dépôt centralisé des déclarations au siège mondial simplifie les procédures administratives et renforce la cohérence interne pour les entreprises et les autorités fiscales. Cette approche uniforme crée un terrain de jeu équitable pour toutes les entreprises concernées. Nous espérons une mise en œuvre simple et pragmatique en collaboration avec les cantons, responsables de la perception de l'impôt, pour maintenir la compétitivité de la Suisse comme siège de sociétés globales.

Remarques Spécifiques et Points d'Attention

- **Listes de Juridictions** : La Suisse devra établir des listes de juridictions pour l'échange d'informations. Certains pays appliquant l'impôt minimal pourraient rester en dehors de cet échange. Les groupes suisses devront alors déposer des déclarations spécifiques dans ces juridictions, tandis que leurs filiales suisses devront soumettre des déclarations individuelles à l'AFC. Nous recommandons que l'AFC exige des groupes dont le siège est dans des juridictions non-partenaires le même type de déclaration que pour ceux domiciliés en Suisse, garantissant ainsi une non-discrimination et une cohérence administrative.
- **Système Informatique** : La Confédération et l'AFC devront mettre en place un système informatique pour cet échange. Les dépenses liées à ce nouvel outil devraient être principalement supportées par la Confédération, car les cantons assument déjà les charges de taxation et de perception de l'impôt minimal sans recevoir de commission pour les 25% revenant à la Confédération.
- **Délais de Déclaration** : Selon l'accord GloBE, la déclaration d'information doit être transmise à la juridiction réceptrice au plus tard trois mois après l'expiration du délai de dépôt dans la juridiction émettrice. Selon l'article 8.1.6 des règles types GloBE, la déclaration doit être déposée au plus tard quinze mois après la fin de l'année fiscale concernée. Cela signifie que les informations pourraient être communiquées jusqu'à 18 mois après la fin de l'année fiscale, soit douze mois après le délai habituel en Suisse. Pour éviter des retards, l'AFC pourrait établir des taxations provisoires basées sur l'année fiscale précédente.
- **Normes Comptables** : Les groupes suisses n'utilisant pas les normes IFRS ou US GAAP, souvent proches du seuil de 750 millions d'euros de chiffre d'affaires et non cotées en bourse, rencontrent des difficultés pour se convertir à ces normes, ce qui est coûteux et prend du temps. Ne pas le faire les expose à des difficultés de retraitement de leurs chiffres selon les dispositions GloBE. Nous recommandons au Conseil fédéral de faire preuve de patience et de pragmatisme à leur égard, et de plaider leur cause auprès des partenaires étrangers, notamment au sein de l'OCDE, en instaurant des dispositions transitoires ou une forme de tolérance.

III. Conclusion

Etant donné le contexte international, l'usam demande une suspension de la mise en œuvre de l'imposition minimum de l'OCDE. Si le Conseil fédéral se décide à réglementer et limiter la concurrence fiscale, il devrait encourager une mise en œuvre réfléchie et collaborative, en tenant compte des spécificités des entreprises suisses, notamment celles proches du seuil de 750 millions d'euros de chiffre d'affaires et n'utilisant pas les normes IFRS ou US GAAP. Une participation de la Confédération aux coûts du nouveau système informatique et l'envisagement de dispositions transitoires pourraient être bénéfiques. Une coordination avec les cantons permettrait également d'assurer une application harmonieuse de l'accord, contribuant ainsi à maintenir la compétitivité de la Suisse.

Nous vous remercions de l'attention portée à notre prise de position et vous présentons, Madame, Monsieur, nos respectueuses salutations.

Union suisse des arts et métiers usam



Urs Furrer
Directeur



Mikael Huber
Responsable du dossier

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

per Mail an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 08.05.2025

Stellungnahme OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) unterstützt die vorliegende Genehmigung der GloBE-Vereinbarung.

Die Vorlage will die völkerrechtliche GloBE-Vereinbarung genehmigen, um den internationalen automatischen Austausch von Steuerinformationen im Rahmen der OECD-Mindestbesteuerung für grosse, multinationale Unternehmensgruppen zu ermöglichen. Hintergrund ist die Umsetzung der zweiten Säule des OECD/G20-Projekts gegen Steuervermeidung, das einen weltweiten Mindeststeuersatz von 15% vorsieht. Um die Erarbeitung einer gesetzlichen Umsetzung der Mindestbesteuerung in Angriff nehmen zu können, muss erst das Abkommen genehmigt werden, welches den internationalen Rahmen der OECD/G20-Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen regelt. Dazu wurde von der zuständigen Arbeitsgruppe der OECD die GloBE-Vereinbarung erarbeitet, welche von der Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) verabschiedet wurde. Sie bildet eine völkerrechtliche Grundlage für den Austausch von Steuerdaten grosser Unternehmensgruppen. Damit regelt sie nicht die Art der auszutauschenden Informationen, sondern die Modalitäten des Austauschs. Dabei wird der Datenaustausch via Central-Filing-Prinzip ermöglicht mit der ESTV als zentraler Drehscheibe. Somit wird der administrative Aufwand sowohl für die betroffenen Unternehmen als auch für die assoziierten Staaten reduziert. Eine Ablehnung der Vorlage birgt Risiken für den Wirtschaftsstandort Schweiz sowie die Reputation unseres Landes.

Die Schweiz ist eines der ersten Länder, das sich mit der Genehmigung der GloBE-Vereinbarung befasst. Dies ist zu begrüßen, da die legislativen Prozesse in der Schweiz vergleichsweise mehr Zeit beanspruchen.

Mit der Teilnahme am GloBE-Austausch möchte die Schweiz administrative Doppelspurigkeiten vermeiden, Rechtsklarheit schaffen und ihren Standortvorteil erhalten, ohne die Erreichung des Reformanliegens zu gefährden. Der SGB hat dagegen keine Einwände und befürwortet diese Vorlage.

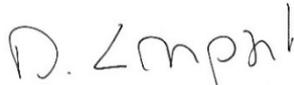
Wir danken Ihnen herzlich für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat und Chefökonom



Par e-mail

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Département fédéral des finances
Bernernhof
3003 Berne

Genève, le 8 mai 2025

Consultation sur l'approbation des bases légales internationales pour l'échange de la déclaration d'information GloBE

Madame la Conseillère fédérale,

L'Association de Banques Privées Suisses (ABPS) a étudié avec attention le projet d'arrêté fédéral concernant l'approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE, publié le 29 janvier 2025. Nous souhaitons par la présente vous transmettre notre avis sur les points les plus importants pour les banques privées. Nous soutenons au surplus la prise de position de l'Association Suisse des Banquiers (ASB).

L'ABPS peut soutenir la ratification de l'accord multilatéral précité, à condition que cela ne permette pas à d'autres Etats de remettre en question les déclarations GloBE déposées par les entreprises suisses ni le statut de QDMTT des règles suisses sur l'imposition minimum. Le Conseil fédéral devrait préciser ces points dans son message. Le seul but de l'accord est de permettre aux entreprises suisses concernées de ne déposer qu'une seule déclaration GloBE.

Pour les membres de l'ABPS, le fait de ne déposer une déclaration GloBE que dans un seul pays, celui de leur siège, est certainement une simplification administrative. Certaines dispositions de l'accord multilatéral pourraient cependant laisser craindre une ingérence indue dans l'application des règles GloBE par la Suisse. L'ABPS soutient donc l'approbation du nouvel accord GloBE aux conditions suivantes :

- Le message du Conseil fédéral devrait préciser que le mécanisme de correction prévu à la section 4 et les consultations prévues à la section 6 de l'accord GloBE ne peuvent avoir pour effet de permettre aux autorités étrangères d'intervenir a posteriori dans les évaluations fiscales matérielles des autorités suisses ou de neutraliser de facto le statut QDMTT de la Suisse. C'est d'ailleurs ce que précise le Commentaire de l'accord par l'OCDE, au Cm 43 : les litiges entre pays à propos de l'interprétation et de l'application des règles GloBE ne sont pas couverts par cet accord.
- Il est aussi important de s'assurer, comme indiqué au Cm 53 de ce même Commentaire, que le secrétariat de l'organe de coordination ne reçoive pas d'information spécifique à une entreprise, y compris son nom.



- En outre, le message devrait préciser comment les demandes de correction et de consultation des autorités étrangères peuvent être soumises à des délais.

Les banques privées peuvent aussi approuver une application provisoire au début de l'année 2026, afin que les entreprises concernées puissent déjà bénéficier d'un dépôt unique de leur première déclaration GloBE. Une telle procédure doit cependant rester l'exception du point de vue de l'Etat de droit.

Une relation d'échange active avec d'autres Etats ne devrait être engagée que s'il s'agit d'Etats QDMTT ou d'Etats qui mettent effectivement en œuvre les règles GloBE.

Indépendamment de la question de l'approbation de l'accord GloBE, la mise en œuvre internationale des règles GloBE doit être observée activement et de manière critique. Jusqu'à nouvel ordre, il n'y a pas de raisons fiscales ou économiques pour l'introduction de la règle UTPR par la Suisse. A moyen terme, il faudra également procéder à une évaluation de la situation concernant la règle IIR, pour déterminer si la maintenir apportera plus de bénéfices ou de dommages à la Suisse et à l'économie suisse.

* * *

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre très haute considération.

ASSOCIATION DE
BANQUES PRIVEES SUISSES

Jan Langlo
Directeur

Jan Bumann
Directeur adjoint

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral des finances
3003 Berne

Par courrier électronique :
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Paudex, le 25 avril 2025
JBR

Imposition minimale de l'OCDE : approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE

Madame la Conseillère fédérale,

Notre organisation a examiné avec intérêt l'objet cité en titre, mis en consultation par vos soins. Par la présente, nous souhaitons vous faire part de notre position.

Remarques générales

Le Centre Patronal partage en substance l'avis du Conseil fédéral sur la nécessité pour la Suisse d'adopter et de ratifier cet accord multilatéral sur l'échange de déclarations d'information en relation avec l'impôt minimal complémentaire des multinationales tel qu'établi par le pilier 2 de l'accord GloBE. On peut d'ailleurs se demander si cette obligation ne découle pas implicitement déjà des engagements pris par notre pays en rejoignant l'accord GloBE. Quoi qu'il en soit cette convention établit clairement les bases légales de droit international réglant formellement l'échange de renseignements GloBE entre les juridictions qui choisiront de signer ce traité et activeront dans la foulée la procédure d'échange de manière bilatérale (juridictions partenaires).

Rejoindre cet accord donnera à nos autorités fiscales la possibilité et les moyens, au moins théoriques, d'accéder aux déclarations des entreprises assujetties à l'impôt complémentaire dont le siège principal est à l'étranger. En sens inverse il habilitera la Confédération à transmettre aux juridictions partenaires les déclarations au titre de l'impôt complémentaire minimal des groupes dont le siège principal est en Suisse.

Ce dépôt au siège mondial pour chaque entité concernée est une simplification bienvenue et un gage de cohérence interne renforcée pour ces dernières comme pour les autorités fiscales (approche uniforme au niveau mondial pour tous les groupes sur une base consolidée). Cela crée également un « level playing field » pour toutes les entreprises concernées, ce qui est important tant en termes de coûts qu'en termes d'efficacité du reporting fiscal. Espérons que la mise en œuvre concrète de cette mesure en droit interne (adaptation prochaine de l'Ordonnance fédérale sur l'imposition minimale) se fasse en bonne intelligence avec les cantons (chargés concrètement du prélèvement de l'impôt) et évite l'ornière du fameux «Swiss finish» en restant simple et pragmatique. Il en va de la position concurrentielle de la Suisse comme siège principal de sociétés globales.

Remarques spécifiques et points d'attention

Plus que des remarques particulières sur des points précis de l'accord, qui en soi formalise des principes auxquels la Suisse a déjà souscrit, nous relèverons plutôt quelques paramètres clés, selon nous, de sa mise en place.

Dans la mesure où la Suisse, tout comme les autres Etats signataires, devra établir, au sein de «listes de juridictions» les juridictions desquelles elle obtiendra des informations et auxquelles elle en fera parvenir, certains pays (appliquant pourtant l'impôt minimal) pourraient rester en dehors de cet échange centralisé. Dans ces juridictions restées à l'écart, les groupes suisses devront déposer une déclaration spécifique tandis que leurs filiales suisses devront également faire parvenir une déclaration individuelle à l'AFC. De notre point de vue, il s'agira pour l'AFC et les cantons d'exiger des groupes dont les résidences principales sont dans des juridictions non-partenaires le même type de déclaration que pour ceux domiciliés en Suisse. En effet, outre le principe de non-discrimination et la cohérence administrative d'une telle démarche cela permettra aux entreprises impliquées de planifier aisément leurs besoins de reporting en Suisse (calqués sur les groupes locaux). Parallèlement la Confédération veillera à ce que les groupes suisses ne voient pas leurs filiales discriminées dans leur traitement par les Etats restés à l'écart de l'échange centralisé.

Dans la mesure où la Confédération en général et l'AFC en particulier seront responsables de cet échange centralisé vis-à-vis des pays tiers, c'est à elles qu'incombera la mise en place d'un système informatique adéquat pour ce reporting. Selon nous, les dépenses liées à ce nouvel outil devront principalement être supportées par la Confédération. En effet, s'agissant de la perception de l'impôt minimal, les cantons assument pleinement les charges de taxation et de perception liées à ce prélèvement. Contrairement à l'IFD (pour lequel les cantons reçoivent une commission de perception), les cantons ne touchent rien pour le prélèvement des 25% de l'impôt minimal qui reviennent à la Confédération. Il est dès lors légitime que la Confédération assume à son tour une partie des frais de mise en œuvre liés à l'impôt minimal. Si tel ne devait pas être le cas, alors les cantons seraient, selon nous, en droit de réclamer une commission de perception sur la partie de l'impôt revenant à la Confédération.

L'accord GloBE stipule que la déclaration d'information doit être transmise à la juridiction réceptrice au plus tard trois mois après l'expiration du délai de dépôt en vigueur dans la juridiction émettrice pour l'année fiscale de déclaration à laquelle ces renseignements se rapportent. Selon l'art. 8.1.6 des règles types GloBE, la déclaration d'information doit être déposée auprès de l'autorité compétente du pays de résidence principal (émettrice) au plus tard quinze mois après la fin de l'année fiscale qui fait l'objet de la déclaration. En combinant ces deux règles (quinze mois plus trois mois), les informations pourraient être communiquées à la juridiction réceptrice au plus tard 18 mois après la fin de l'année fiscale de déclaration soit, pour la Suisse, douze mois après le délai habituel pour le dépôt d'une déclaration d'impôt. Ainsi les taxations des filiales suisses de groupes étrangers de juridiction partenaires ne pourront remplir leurs obligations déclaratives complètes qu'un an après les autres personnes morales. Pour éviter retards de taxation et incertitudes, l'AFC pourrait adopter une attitude pragmatique en établissant à la demande des taxations provisoires incluant l'impôt minimal (par hypothèse celui de l'année fiscale précédente sauf changement drastique d'une année à l'autre).

Enfin, dans un registre un peu plus large que l'échange d'information « stricto sensu », nous voudrions attirer l'attention du Conseil fédéral sur le problème spécifique des groupes suisses entrant dans le champ d'application des règles GloBE et n'utilisant pas les normes comptables IFRS ou US GAAP. Ces entreprises, souvent proches du seuil de EUR 750 millions de chiffre d'affaires et en mains privées (non cotées en bourse), sont au-devant d'une double difficulté : se convertir à une norme comptable internationale prend du temps et a un coût important tandis que ne pas le faire les expose à des difficultés de retraitement de leurs chiffres à l'aune des dispositions GloBE (fondées sur ces normes). Nous enjoignons au Conseil fédéral de faire preuve de patience et de pragmatisme à leur égard tout en plaidant également leur cause auprès de nos partenaires étrangers, notamment au sein de l'OCDE. Des dispositions transitoires ou une forme de tolérance à leur égard seraient parfaitement justifiées et légitimes.

Nous vous remercions de l'intérêt que vous porterez à ce qui précède et nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal



Jean-Blaise Roggen

Per E-Mail:

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Vorsteherin Frau Karin Keller-Sutter

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 8. April 2025

Stellungnahme zur OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. Januar 2025 in rubrizierter Angelegenheit und bedanken uns für die Gelegenheit, zu der ausgearbeiteten Vorlage Stellung nehmen zu können.

Zusammenfassung:

EXPERTsuisse unterstützt die Genehmigung der multinationalen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von GloBE-Informationen («**GloBE-Abkommen**»).

Unsere Kernanliegen können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Die Genehmigung muss unabhängig von den aktuellen Entwicklungen in den USA und den politischen Diskussionen über die Zukunft der globalen Mindeststeuer («**Pillar Two**») erfolgen.
2. Ein Austausch des GloBE Information Return («**GIR**») muss zwingend bereits für die Steuerperiode 2024 möglich sein.
3. Der Bundesrat muss eine Lösung finden, damit der Austausch des GIR auch mit Rumänien (und allenfalls zukünftig weiteren «AIA-Problemstaaten») erfolgen kann, das aktuell beim Schweizer AIA den Status als temporär nichtreziproken Partner hat.

EXPERTsuisse ist der Expertenverband für Wirtschaftsprüfung, Steuern und Treuhand. Unsere Mitglieder unterstützen Schweizer und internationale Konzerne intensiv bei der Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung und stehen deshalb in engem Austausch mit den betroffenen Konzernen.

Wir begrüssen die vom Bundesrat beantragte Genehmigung des auf internationaler Ebene ausgearbeiteten GloBE-Abkommens vollumfänglich. Es handelt sich dabei um ein zentrales Element des OECD-Regelwerks zur globalen Mindestbesteuerung, das die Schweiz gestützt auf Art. 129a und Art. 197 Ziff. 15 BV in nationales Recht umgesetzt hat. Ohne dieses Abkommen wäre es für Schweizer Konzerne nicht möglich, den GIR ausschliesslich in der Schweiz einzureichen. Die Folge für die betroffenen Konzerne wäre eine lokale Einreichung des GIR in vielen Ländern, was mit erheblichem administrativem Aufwand und Kosten verbunden wäre. Ausserdem hätte eine lokale Einreichung des GIR eine viel weitergehende Offenlegung von Informationen zur Folge, da mit dem betreffenden Staat im Rahmen des GIR-Austauschs nur Teile des Reports ausgetauscht würden.

Das auf internationaler Ebene erarbeitete GloBE-Abkommen lehnt sich in ihrer Funktionsweise stark an die multinationale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (SR 0.654.1, «**ALBA-Vereinbarung**») an. Diese hat sich in der Praxis bewährt und führt weder für Schweizer Konzerne noch für die zuständigen Schweizer Behörden zu materiellen Vollzugsproblemen. Der Mechanismus des GloBE-Abkommens ist für die Schweiz insofern vorteilhaft, als sie analog zur ALBA-Vereinbarung entscheiden kann, mit welchen Partnerstaaten sie den GIR austauschen will. Hat ein Partnerstaat Pillar Two nicht eingeführt, kann auf den Austausch verzichtet werden.

Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass die Schweiz das GloBE-Abkommen unabhängig von den aktuellen politischen Diskussionen über die Zukunft von Pillar Two aufgrund der jüngsten Entwicklungen in den USA unterzeichnen soll. Ob und wie es mit Pillar Two weitergeht, ist aktuell schwer abzuschätzen. Eine schnelle Einigung auf globaler Ebene ist nicht zu erwarten. Bis dahin muss ein Austausch von GloBE-Informationen möglich sein. Im Rahmen der Botschaft zuhanden des National- und Ständerats ist auf diesen Punkt besonders hinzuweisen.

Wir erachten es als zentral, dass dieses Abkommen gemäss Zeitplan des Bundesrates im Sommer 2026 in Kraft treten kann, damit der Informationsaustausch für die Steuerperiode 2024 (entspricht in der Regel dem Kalenderjahr 2024) zwischen Juli und Ende September 2026 erfolgen kann. Eine zeitliche Verzögerung hätte wiederum zur Folge, dass die betroffenen Konzerne den GIR für die Steuerperiode 2024 lokal einreichen müssten. Auch dies wäre für die

Konzerne mit erheblichem Aufwand verbunden. Eine Verzögerung ist durch Bundesrat und Parlament unbedingt zu vermeiden. Wir gehen aufgrund der verschiedenen Diskussionen mit dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) davon aus, dass die Schweiz den GIR für die Steuerperiode 2024 austauschen kann, obwohl sie die internationale Ergänzungsteuer nach der Income Inclusion Rule erst ab der Steuerperiode 2025 erhebt.

Das Abkommen sieht in Abschnitt 5 («Vertraulichkeit und Vorkehrungen zum Schutz der Daten») vor, dass alle ausgetauschten Informationen den Vertraulichkeitsbestimmungen und anderen Schutzbestimmungen des Amtshilfeübereinkommens unterliegen, die die Verwendung der ausgetauschten Informationen einschränken. Gemäss dem erläuternden Bericht des Bundesrates zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens ist das Ergebnis der Länderprüfung des Global Forums für den AIA über Finanzkonten¹ ein guter Indikator dafür, ob ein Partnerstaat diese Vorschriften einhält. Eine Rückfrage beim SIF hat ergeben, dass aufgrund dieser Länderprüfung derzeit (Stand Februar 2025) zwölf Staaten² (plus Russland³) von der Schweiz keine Informationen im Rahmen des AIA erhalten (sog. Status eines temporär nichtreziproken Partners). Aufgrund dieser Liste erachten wir Rumänien aus Sicht der betroffenen Schweizer Konzerne als problematisch. Das Land hat als EU-Mitgliedstaat Pillar Two bereits per 1. Januar 2024 eingeführt. Wir haben zwar keine statistischen Zahlen, aber aus Gesprächen mit unseren Kunden wissen wir, dass viele von ihnen eine Tochtergesellschaft oder Niederlassung in Rumänien haben. Um einen administrativen Mehraufwand für die Einreichung des GIR in Rumänien zu vermeiden, muss der Bundesrat eine Lösung finden. Eine lokale Einreichung des GIR in Rumänien hätte ausserdem eine weitergehende Offenlegung von Informationen zur Folge. Aus dem GIR-Austausch würden mit Rumänien nur Teile des Reports ausgetauscht. Die übrigen Staaten (inkl. Russland) sind aus heutiger Sicht unproblematisch, da diese Länder Pillar Two bisher nicht eingeführt haben und die betroffenen Schweizer Konzerne kein Interesse an einem Austausch des GIR mit diesen Ländern haben.

Allenfalls sollte noch ergänzt werden, dass beim GIR-Austausch nur Teile des Reports ausgetauscht werden, was bei einem Austausch mit den «AIA-Problemstaaten» bei einer lokalen Einreichung zu weitergehender Offenlegung führen könnte

Ganz generell ist wünschenswert - auch wenn dies teilweise ausserhalb des Einflussbereichs der Schweiz liegt -, dass der Austausch mit möglichst allen Partnerstaaten funktioniert, die Pillar Two eingeführt haben.

¹ Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens, Seite 11.

² Antigua und Barbuda, Brunei Darussalam, Dominica, Libanon, Macao, Montserrat, Rumänien, Saint Vincent und die Grenadinen, Samoa, Sint Maarten und Vanuatu.

³ Suspendiert aufgrund Ordre-Public-Vorbehalt des Amtshilfeübereinkommen.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen zu dienen und stehen für die Beantwortung von Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
EXPERTsuisse



Daniel Gentsch
Präsident Kommission direkte Steuern



Nicole Bühler
Fachleiterin Tax & Legal



Ordre romand des experts fiscaux diplômés
c/o Fiduciaire FIDAG SA, succursale de Sion
Rue de la Blancherie 2
1950 Sion

info@oref.ch

Sion, le 7 mai 2025

Par e-mail

Madame K. Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Département fédéral des finances
Bernernhof
3003 Berne
(vernehmlassungen@estv.admin.ch)

Consultation sur l'approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE

Madame la Conseillère fédérale,

L'Ordre Romand des Experts Fiscaux Diplômés (OREF) est une association professionnelle suisse créée en 1985 et composée d'environ 250 membres, qui se distinguent par leur connaissance de la pratique fiscale et leur approche multidisciplinaire. Les membres de l'OREF sont principalement actifs dans toute la romandie ; certains d'entre eux ont des activités, respectivement une présence également en Suisse alémanique. Compte tenu de la vaste expérience de nos membres dans le domaine de la fiscalité, nous estimons pouvoir apporter des commentaires pertinents lors de consultations en relations avec des sujets impactant la fiscalité suisse et internationale.

A ce titre, conformément à l'art. 4a, al. 2, lit. C de la Loi fédérale sur la Procédure de Consultation (LCo) du 18 mars 2005, l'OREF doit être invitée systématiquement à donner son avis à tout le moins sur les projets fédéraux ayant des impacts sur les lois fiscales de la Confédération. En application de l'art. 4, al. 3 LCo, nous invitons la Chancellerie fédérale à ajouter l'OREF à la liste des organisations consultées systématiquement.

Dans l'attente d'un enregistrement effectif au sens du paragraphe précédent, l'OREF souhaite participer à la consultation ouverte le 29 janvier 2025 à propos de l'approbation de l'Accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE.

L'OREF est favorable à ce projet dans la mesure où il permettra à la Suisse d'échanger les déclarations d'information GloBE avec les autres juridictions parties à l'accord et ainsi faciliter la mise en œuvre de l'impôt minimum global.

Sur le fonds, l'OREF émet néanmoins la réserve suivante :

- L'accord est en contradiction avec l'OIMin en ce qui concerne l'obligation pour les entités constitutives suisses d'un groupe étranger de remettre une déclaration GloBE en Suisse. Selon le projet de modification de l'OMin publié par le Conseil Fédéral en date du 30 avril 2025, ce conflit de règles devrait être éliminé en modifiant ladite Ordonnance dans le sens de l'accord.

L'OREF insiste également sur le fait que l'introduction de l'imposition minimum globale doit être accompagnée de mesures compensatoires bénéficiant aux entreprises impactées et permettant à la place économique suisse de maintenir son attractivité. Alors que certains Cantons ont pris les devants, il devient urgent que des mesures soient également proposées au niveau fédéral, respectivement que les projets cantonaux soient conformes aux règles modèles (« Qualified Refundable Tax Credit », « Integrity Rule » ou « Related Benefits Rule »). Nous encourageons donc le Conseil fédéral à faire des propositions dans ce sens dans un avenir proche.

Prise de position détaillée

L'OREF est favorable à l'approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE (ci-après : « l'accord »). La ratification de cet accord permettra à la Suisse d'échanger et de recevoir les déclarations d'information GloBE avec les autres juridictions partenaires.

Du point de vue de l'OREF il est particulièrement important que la charge administrative pour les groupes concernés par le pilier 2 soit réduite à un niveau raisonnable et que le processus de déclaration reste efficace. Nous saluons donc le principe de l'accord que les groupes ne devront remettre qu'une seule déclaration de manière centralisée auprès de l'autorité du pays de la société-mère ultime (rapport explicatif, section 1.1, para 5; préambule de l'accord, para. 8).

Nous notons toutefois que ce principe est en contradiction avec la version actuelle de l'Ordonnance sur l'imposition minimale (OIMin) en ce qui concerne les groupes dont le siège est à l'étranger. En effet, dans sa version actuelle, l'OIMin prévoit l'obligation pour les entités constitutives suisses d'un groupe étranger de s'inscrire dans le système d'information de l'impôt complémentaire et de fournir les données requises par la déclaration d'impôt GloBE (art. 19 OIMin). Or, le rapport indique clairement (pages 3-4) que « les entités constitutives locales des grands groupes d'entreprises actifs à l'échelle internationale concernés ne devront donc pas fournir en sus [les renseignements] séparément en Suisse », puisque la Suisse recevra les données de l'Etat du siège ultime. Selon le projet de modification de l'OIMin publié par le Conseil Fédéral en date du 30 avril 2025, il est prévu que l'OIMin sera modifiée pour dispenser les entités constitutives suisses de groupes étrangers de devoir remettre

localement une déclaration GloBE, dans la mesure où l'Etat de l'entité-mère ultime est un Etat partenaire au sens de l'accord (art. 28d du projet OIMin).

Importance d'adopter des mesures compensatoires

Dans nos prises de positions précédentes sur l'introduction de l'imposition minimale des grands groupes d'entreprises en Suisse, nous avons déjà insisté sur l'importance de tels mesures destinées à maintenir la compétitivité de la place économique suisse. Alors que certains Cantons ont entretemps proposé des mesures incitatives compatibles avec les règles modèles GloBE, nous constatons qu'aucune initiative n'a été lancée au niveau fédéral. Au vu de la marge de manœuvre limitée des Cantons, nous sommes d'avis que des mesures compensatoires au niveau fédéral sont indispensables et requises dans un avenir proche. Le contexte actuel de guerre tarifaire et l'incertitude en résultant pour les échanges commerciaux internationaux renforce encore l'urgence d'agir. Diverses propositions d'amélioration des conditions cadres figuraient déjà dans notre prise de position sur l'OIMin, à laquelle nous vous renvoyons ([Prise de position de l'OREF sur la consultation concernant l'ordonnance sur l'imposition minimale des grands groupes d'entreprises du 14 septembre 2023 – pages 3-5](#); également [la Prise de position de l'OREF sur la Consultation concernant l'ordonnance sur l'imposition minimale des grands groupes d'entreprises du 17 novembre 2022 – page 9 \(risque de PAA en matière d'impôt anticipé\) et page 10 \(amélioration de l'OIES\)](#)).

* * *

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre très haute considération.

ORDRE ROMAND DES
EXPERTS FISCAUX DIPLOMES


Marc Nicolet


Yi-Xin Tseng

Département fédéral des finances
A l'attention de M. Manuel Vogler

Genève, le 8 mai 2025

Cher Monsieur,

Nous vous remercions de nous donner l'occasion de répondre à la consultation sur l'adhésion de la Suisse à l'Accord multilatéral entre autorités compétentes portant sur l'échange de la déclaration d'information GloBE.

SUISSENÉGOCE, l'Association suisse du négoce de matières premières, représente des entreprises actives dans le négoce de matières premières, le transport maritime, le financement du commerce, l'assurance, les services juridiques et d'autres secteurs connexes. Nous avons activement plaidé en faveur d'un cadre fiscal équilibré, stable et prévisible qui préserve la compétitivité des entreprises suisses tout en garantissant que la Suisse reste attrayante et respecte ses obligations internationales.

Comme indiqué dans la consultation, l'accord multilatéral introduit la possibilité de centraliser les déclarations fiscales, ce qui, à plus long terme, peut contribuer à réduire les charges administratives des groupes multinationaux. Néanmoins, il subsiste plusieurs questions pratiques et incertitudes qui devront être traitées au cours du processus de mise en œuvre nationale, qui fera l'objet d'une consultation distincte dans un avenir proche. Les questions spécifiques que nous avons identifiées sont détaillées dans la partie ci-dessous :

Nécessité d'une mise en œuvre standardisée des règles GloBE : Malgré l'adoption généralisée de l'initiative de l'OCDE Pilier 2, son application pratique varie significativement entre les Etats. Cela crée une incertitude sur l'implémentation d'un minimum fiscal acceptable et augmente le risque d'imposition supplémentaire involontaire (« top-up »). Nous soulignons donc la nécessité d'une interprétation standardisée au niveau international des règles GloBE afin de renforcer la sécurité juridique et de réduire les risques de compliance.

Confidentialité et protection des données : Compte tenu du caractère sensible des informations fiscales échangées, il est essentiel de mettre en place de solides mesures de confidentialité et de protection des données. Une divulgation non autorisée pourrait nuire considérablement à la réputation et aux activités d'une entreprise. Nous recommandons d'établir des procédures sécurisées et de donner des garanties strictes pour le traitement des données sensibles, et de mettre en place des mécanismes permettant de remédier rapidement à d'éventuelles violations

du secret des affaires ou des utilisations abusives des données sensibles des entreprises suisses.

Des mises à jour constantes sur les autorités impliquées : Pour que le dépôt centralisé fonctionne efficacement, les entreprises doivent avoir accès aux informations actualisées sur les autorités étrangères participant au mécanisme d'échange. En l'absence de telles informations, il existe un risque de double dépôt ou de non-conformité involontaire. Nous recommandons à la Suisse de soutenir la création d'une liste accessible au public et régulièrement mise à jour, et de veiller à ce que les entreprises puissent s'y référer.

Protection pour les entreprises contre les retards administratifs : Le mécanisme d'échange GloBE repose sur une communication entre les autorités compétentes, mais des retards ou des erreurs au sein des administrations peuvent se produire. Les entreprises doivent donc être protégées contre des pénalités engendrées par des retards administratifs indépendants de leur volonté. Nous préconisons d'inclure des garanties à ce sujet dans la mise en vigueur dans le droit suisse pour contrer ce risque.

Finalement, alors que de nombreuses autorités mettent en œuvre le système d'imposition de l'OCDE Pilier 2 sur l'imposition minimale des entreprises, nous observons un changement décisif dans la concurrence fiscale mondiale. De plus en plus, les autorités étrangères déploient de manière proactive des subventions, des crédits d'impôt remboursables et des incitations à l'investissement ciblées pour attirer les entreprises multinationales dans le contexte du nouveau paysage fiscal. **Pour éviter un désavantage concurrentiel, il est essentiel que la Suisse adopte rapidement des instruments de politique fiscale comparables. Nous encourageons vivement les autorités suisses à prendre rapidement des mesures décisives pour préserver la compétitivité des entreprises suisses et garantir la position de la Suisse en tant que plaque tournante mondiale du commerce des matières premières.**

Nous vous remercions pour la consultation et pour l'occasion qui nous a été donnée de faire part de nos commentaires. Si vous avez besoin d'informations supplémentaires, n'hésitez pas à contacter M. Gael Coronel (gael.coronel@suissengoce.ch, 022 715 29 99).

Nous vous prions de recevoir nos salutations distinguées.



Florence Schurch
Secrétaire générale

SwissAccounting, Talacker 34, CH-8001 Zürich

**Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
3003 Bern
Mailadresse:
vernehmlassungen@sif.admin.ch**

Zürich, 07. Mai 2025

Stellungnahme

OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. Januar 2025 zur OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen. Gerne nehmen wir die Möglichkeit zur Stellungnahme unter Einhaltung der Frist bis am 8. Mai 2025 wahr.

SwissAccounting vertritt als grösster Schweizer Verband für Accounting fast 10 000 Mitglieder aus der gesamten Schweiz. SwissAccounting ist in der Berufsbildung gemäss Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 13. Dezember 2002 die für das Finanz- und Rechnungswesen sowie Rechnungslegung und Controlling zuständige Organisation der Arbeitswelt. Der Verband besteht seit 1936 und ist unter anderem Mitträger der Prüfungen der beiden eidgenössisch anerkannten höheren Berufsbildungsabschlüsse in seinem Fachbereich. Expertinnen/Experten in Rechnungslegung und Controlling sowie Inhaberinnen/Inhaber des Fachausweises im Finanz- und Rechnungswesen sind heute in der schweizerischen Wirtschaft die anerkannten, hochqualifizierten Fachleute.

1. Grundsätzliche Unterstützung der Vorlage

Wir begrüssen die multilaterale Vereinbarung über den Austausch von GloBE-Informationen. Aus Sicht von SwissAccounting ist sie ein zentrales Instrument zur internationalen Koordination der Mindestbesteuerung.

Besonders positiv hervorzuheben sind:

- **Zentrale Einreichung und Effizienzsteigerung:** Die Möglichkeit, den GloBE Information Return (GIR) zentral bei den Schweizer Behörden einzureichen, trägt dazu bei, administrative Doppelspurigkeiten und Mehrfachdeklarationen zu vermeiden.
- **Bewährte Mechanismen und Datenschutz:** Die Orientierung an bestehenden Austauschmechanismen wie dem Country-by-Country Reporting (CbCR) ist sachgerecht. Die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben und die Sicherstellung der Vertraulichkeit der ausgetauschten Informationen bleiben zentrale Voraussetzungen für die Akzeptanz des Austauschs.

2. Kritische Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge

Obwohl die Vorlage insgesamt positiv zu bewerten ist, gibt es einige Punkte, die weiter optimiert werden sollten:

- **Umgang mit nicht-reziproken Staaten:** Für den Umgang mit Staaten, die Daten an andere Länder senden, aber selbst keine Informationen empfangen, sind pragmatische Lösungen erforderlich. Der GIR-Austausch sollte auch mit nicht-reziproken Ländern sichergestellt werden. Es besteht sonst die Gefahr, dass Unternehmen GIR-Daten lokal einreichen müssten, was zu einer weitergehenden Offenlegung von Informationen führen würde.
- **Innerstaatliche Umsetzung:** Die innerstaatliche Umsetzung der GloBE-Regeln sollte sich auf das international Erforderliche beschränken und möglichst einfach gestaltet werden. Die Schweiz sollte keine Vorreiterrolle einnehmen, sondern sich an den internationalen Mindestanforderungen orientieren. Nationale Regelungen sollten nicht über das hinausgehen, was von den GloBE-Regeln verlangt wird, und lediglich das Notwendige regeln.
- **Regulatorische Komplexität und Standortattraktivität:** Die multilaterale Vereinbarung erhöht die regulatorische Komplexität, insbesondere wenn internationale Vorgaben ohne Rücksicht auf nationale Besonderheiten umgesetzt werden. Dies könnte langfristig die Standortattraktivität der Schweiz beeinträchtigen, da Unternehmen mit zusätzlichem administrativem Aufwand und Unsicherheiten konfrontiert werden. Es ist daher wichtig, dass die GloBE-Regeln möglichst einfach und international abgestimmt umgesetzt werden.

3. Fazit

SwissAccounting befürwortet eine praxisnahe, international abgestimmte und für die Schweizer Unternehmen möglichst effiziente Umsetzung des GloBE-Abkommens. Die Umsetzung soll rasch erfolgen, damit der Austausch des GIR bereits für die Steuerperiode 2024 erfolgen kann.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen für weitere Diskussionen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SwissAccounting



Prof. Dr. Dieter Pfaff
Präsident SwissAccounting
Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre,
insb. Accounting, an der Universität Zürich



Susanne Grau
Vizepräsidentin SwissAccounting
lic. iur. UZH / dipl. Expertin in
Rechnungslegung und Controlling



Eidg. Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF

Bern, 23. April 2025

Stellungnahme zur Vernehmlassung betreffend die Schweizer Ratifizierung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Informationen zur OECD-Mindeststeuerung (sog. GloBE-Vereinbarung)

Sehr geehrter Herr Vogler

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Frage der Ratifizierung der vorerwähnten multilateralen Vereinbarung Stellung nehmen zu können. SwissHoldings vertritt die Interessen von 65 multinationalen Schweizer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen verschiedenster Wirtschaftssektoren. Nahezu allen unseren Mitgliedunternehmen ist gemeinsam, dass sie in den Anwendungsbereich der OECD-Mindestbesteuerung fallen. Wir bitten Sie, diesem Umstand angemessen Rechnung zu tragen.

Unsere Stellungnahme fällt bewusst kompakt aus. Für uns ist offensichtlich, dass die Schweiz diese multilaterale Vereinbarung ratifizieren sollte. Es bestehen aus Unternehmenssicht keine plausiblen Gründe, die dagegensprechen.

Allgemeines zu den Folgen und Entwicklungen bei der OECD-Mindestbesteuerung

Die Einführung der OECD-Mindestbesteuerung stellt unsere Mitgliedunternehmen vor erhebliche Herausforderungen – sowohl finanziell als auch administrativ. Die zusätzlichen Steuerzahlungen in der Schweiz schwächen die Standortattraktivität gegenüber dem Ausland. Ohne gezielte Gegenmassnahmen, insbesondere zur Förderung von Forschung, Entwicklung und hochprofitablen Geschäftseinheiten, drohen mittelfristig deutliche Einbussen bei den Gewinnsteuereinnahmen, namentlich auf Bundesebene. Auch möchten wir an dieser Stelle festhalten, dass sich die Ergebnisse der kürzlich publizierten Studie von Deloitte nur beschränkt mit den Rückmeldungen unserer Mitgliedunternehmen decken. Die Mindeststeuer trifft verschiedene unserer Mitgliedunternehmen in signifikantem Umfang.

Gleichzeitig ist klar: Die Schweiz kann sich der OECD-Mindestbesteuerung nicht entziehen. Solange andere Staaten die UTPR gegen die Schweiz anwenden, würde eine Abschaffung der inländischen Mindeststeuer zu einer Verlagerung der Steuerbasis ins Ausland führen – ohne dass sich der Druck auf den Standort oder die Notwendigkeit flankierender Massnahmen reduziert.

Diese rechtliche Ausgangslage darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das internationale Umfeld rasch verändern kann. Insbesondere die Ankündigung der USA, sich von der Mindestbesteuerung zurückzuziehen und mit harten gesetzlichen Massnahmen (Stichworte Section 899 und SuperBEAT) gegen extraterritoriale Steuermechanismen wie die UTPR vorzugehen, deutet auf eine mögliche Neujustierung des globalen Konsenses hin. Die Schweiz muss in der Lage sein, auf solche Entwicklungen rasch, flexibel und im Interesse der heimischen Volkswirtschaft zu reagieren.



Zum Inhalt und den Vorteilen der GloBE-Vereinbarung

Die multilaterale GloBE-Vereinbarung ist aus Sicht der Unternehmen ein zentrales Instrument zur praktischen Umsetzung der neuen Anforderungen im Rahmen der OECD-Mindestbesteuerung. Sie ermöglicht eine zentralisierte Einreichung des GloBE Information Return (GIR) über die Schweiz – unabhängig davon, ob das Unternehmen seinen Hauptsitz im In- oder Ausland hat. Damit wird vermieden, dass der GIR in jeder relevanten Jurisdiktion separat eingereicht werden muss. Der damit verbundene administrative Aufwand wäre andernfalls überwältigend und mit beträchtlichen zusätzlichen Kosten verbunden.

Die Vereinbarung erlaubt es Unternehmen mit Sitz in der Schweiz ebenso wie Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne, den GIR zentral über die Schweiz einzureichen («Central Filing»). Gleichzeitig unterliegen sowohl die Schweiz als auch die empfangenden Länder strengen Datenschutzanforderungen, was für die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen zentral ist.

Zudem handelt es sich um ein freiwilliges Instrument: Anders als beim automatischen Austausch von CbCR-Daten besteht für Unternehmen keine Verpflichtung zur Teilnahme. Diese Wahlfreiheit trägt wesentlich zur Akzeptanz bei und erlaubt eine flexible Anpassung an unterschiedliche Unternehmenssituationen.

Von besonderer Bedeutung ist auch, dass der Nutzen der Vereinbarung unabhängig davon bestehen bleibt, ob und wie die Schweiz die globale Mindestbesteuerung langfristig umsetzt. Selbst im Fall eines späteren Verzichts auf QDMTT oder IIR würde die Vereinbarung den betroffenen Unternehmen weiterhin erhebliche administrative Vorteile und rechtliche Sicherheit bieten. Die Vereinbarung ermöglicht auch Staaten den (eigenen) betroffenen Unternehmen ein Central Filing anzubieten, wenn diese Staaten die Mindestbesteuerung gar nicht eingeführt haben. Solche Staaten beschränken sich darauf, die eigenen Unternehmen administrativ zu entlasten und zu schützen (Datenschutz), indem sie die Mindeststeuerinformationen ihrer Unternehmen sammeln und diese den relevanten umsetzenden Staaten übermitteln. Aus Sicht unserer Unternehmen sollte die Schweiz die GloBE-Vereinbarung deshalb unabhängig davon ratifizieren, ob wir die Mindeststeuer umsetzen oder nicht.

Aus Unternehmenssicht wäre es zudem wünschenswert, wenn die Vereinbarung bereits für das Geschäftsjahr 2024 Anwendung fände – auch wenn die IIR in der Schweiz für dieses Jahr noch nicht gilt. Eine frühzeitige Anwendbarkeit würde es ermöglichen, den GIR zentral über die Schweiz einzureichen und so den internationalen Compliance-Aufwand spürbar zu reduzieren.

Position SwissHoldings

SwissHoldings spricht sich klar für eine rasche Ratifizierung der GloBE-Vereinbarung durch die Schweiz aus. Die Vereinbarung ist sachlich gerechtfertigt, international breit abgestützt und stärkt den Standort Schweiz durch effiziente, datenschutzkonforme und unternehmensfreundliche Verfahren im internationalen Steuerkontext.

Freundliche Grüsse

SwissHoldings

Geschäftsstelle

A handwritten signature in black ink, appearing to be "G. Rumo".

Dr. Gabriel Rumo
Direktor

A handwritten signature in black ink, appearing to be "M. Hess".

Martin Hess
Leiter Steuern, RA, dipl. Steuerexperte

Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Wallstrasse 8
4051 Basel

 **Kantonalbanken**
Banques Cantonales
Banche Cantionali

Eidgenössisches Finanzdepartement
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen
Bundesgasse 3
3011 Bern

Per E-Mail an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Datum 7. Mai 2025
Kontaktperson Melanie Marjanovic
Direktwahl +41 206 66 66
E-Mail m.marjanovic@vskb.ch

Vernehmlassung OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. Januar 2025 hat das Eidgenössische Finanzdepartement das Vernehmlassungsverfahren zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen eröffnet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die Anliegen der Kantonalbanken wurden über unsere Fachexpertinnen und -experten in die Stellungnahme der Bankiervereinigung (SBVg) eingebracht. Die Kantonalbanken unterstützen daher die Stellungnahme der SBVg und schliessen sich der Position und den darin zum Ausdruck gebrachten Anliegen und Forderungen an.

Wir bedanken uns für die wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung der Anliegen.

Für allfällige Rückfragen und weitere Erläuterungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Kantonalbanken



Hanspeter Hess
Direktor



Michele Vono
Vizedirektor, Leiter Public Affairs